

Leipzigs NEUE

**LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG
für Politik, Kultur und Geschichte**

■ Ein Ehrlicher für Leipzig

„Am Anfang unterschätzt zu werden, darin habe ich Erfahrung“, sagt Dr. Dietmar Pellmann. Linkspartei und WASG empfehlen ihn als OBM für Leipzig. **Seiten 2 und 3**

■ Unüberhörbar und unübersehbar

Günter Grabbert zum 75. **Seite 5**

■ Kriegsgefangenen-Uni St. Fons

Prof. Werner Berthold dokumentiert kaum bekannte Details aus französischer Gefangenschaft. **Seiten 8-9**

■ Der Fall Concina

Hintergründe eines Naziverbrechens **Seite 14**

1

2006

**Nur
ein
Euro!**

**14. Jahrgang
13. Januar**

**www.
leipzigs-
neue.de**

Adieu, Palast!

Als der Palast der Republik am 26. April 1976 nach 32-monatiger Bauzeit seine Tore öffnete, war er das modernste Kulturgebäude Europas. In Zeiten allerdings, in denen solch ein Palast für das Volk wie ein Dorn im Fleisch der Regierenden sticht, nützt es auch nichts, dass der Prachtbau vor allem dank seiner ausgeklügelten Mehrfunktionalität in der Welt-Liste der 65 größten kulturellen Mehrzweckgebäude an erster Stelle geführt wurde – vor der Kongreßhalle in Helsinki von Alvar Aalto oder dem Centre Pompidou in Paris.

Vorbild war – übrigens im besten sozialdemokratischen Sinne – das Schinkelsche Volkshaus-Konzept des 19. Jahrhunderts. Die Architekten um Prof. Graffunder und die Erbauer (auch aus dem Metallbaukombinat Leipzig) folgten dem Grundgedanken, Staat und Volk zusammen zu bringen.

In der Bundesrepublik ist es kaum vorstellbar, dass das Parlament im selben Haus tagt, in dem es öffentliche Gaststätten, Kegelbahn, Diskothek und Theater gibt, in dem sich Jung und Alt zu klassischen Konzerten wie zu Beat und Jazz trifft, Kinder ihre Malzirkel haben, Udo Lindenberg und Juliette Greco, die Kuban-Kosaken und Maja Plissezkaja Igor Oistrach und der Poznaner Knabenchor gefeiert werden – ganz ohne Bannmeile. Dieser Palast – teilweise auf dem Gelände des im Zweiten Weltkrieg ausgebrannten Berliner Stadtschlösses gebaut, nicht zuletzt um in Berlins Mitte ein Symbol gegen den preußischen Militarismus zu setzen – muss weg. Koste es, was es wolle. Angela Merkel und einige der selbsternannten Bürgerrechtler wie Günter Nooke und Vera Lengsfeld haben – zusammen mit West-CDUlern – nicht lockergelassen und den Bundestag mit immer neuen Gesetzesvorlagen zum Abriss gedrängt. Wie hätten sie auch leben können mit dieser lebensfrohen Erinnerung an die DDR, die der Palast nun einmal verkörpert, vor allem aber mit der Erinnerung an eine menschwürdige Sozialpolitik, die hier beschlossen wurde und die seinerzeit dem Westen – im Zwang nicht nachzustehen – einiges kostete; Geld, das all den Schröders und Merckels heute zu schade für ihre Bürger ist.

• M. WARTELSTEINER



Marodes Gebälk und marodes Denken

Ich glaubte meinen Ohren nicht zu trauen, als ich in den ZDF-Nachrichten erfuhr, dass in der BRD einiges „marode“ sei. Es ging um das tragische und noch längst nicht aufgeklärte Unglück jener eingestürzten Eishalle in Bayern – und um Sporthallen und öffentliche Gebäude in den deutschen Ländern allgemein. Und da hatte doch tatsächlich jemand das Urteil gefällt, viele seien „marode“.

Man sollte dem Nachrichtenredakteur ein paar Euro vom nächsten Gehalt abziehen und ihn wissen lassen: Wenn irgendwo irgendetwas „marode“ sein sollte, dann zwischen Elbe und Oder und auch nicht heute, sondern ausschließlich im DDR-Gestern. Deswegen werden schließlich aufwändige Filme gedreht und sogar Prozesse geführt, in denen nachgewiesen werden soll, dass dieses Land nicht nur „marode“, sondern auch ein Staat des blanken Unrechts war. Ein Staat, der auch einen Palast an der Spree hinterließ, der nun endlich abgerissen werden soll. Und weil in dem Land, in dem wir heute leben, das Geld so knapp ist, dass man jede vom Arzt verschriebene Kopfschmerztablette bezahlen muss, hat man auch eine der billigeren Abrissfirmen engagiert. Eine, die alle Angebote unterbieten konnte, weil sie Arbeiter angeheuert hat, die aus der „Ferne“ kommen – und mit Cents zufriedengestellt werden können. Immerhin hat die Gewerkschaft der Bauarbeiter schon Protest angemeldet. Dennoch könnte der Abriss dieses Hauses auch noch zu einer Schändung gewerkschaftlicher Grundregeln geraten.

Ich erinnere mich noch gut eines Interviews mit dem Palast-Architekten Heinz Graffunder kurz vor seinem Tode im Spätherbst 1994. Ich fragte ihn damals, was er empfinden würde, wenn man dieses Bauwerk eines Tages abreißt. Er lächelte still und meinte: „Erst müssten sie es schaffen, ohne dass ringsum einiges zusammenstürzt ...“ Daran musste ich auch denken, als ich erfuhr, dass man im Berliner Dom schon übt, täglich die Wände zu beobachten, ob sich auch keine Risse zeigen ...

• KLAUS HUHN

Gar nicht wohltemperiert

Dieser Missklang tönte kürzlich deutschlandweit im Radio: „Bachzentrum contra Kabarett“. Zum Hintergrund: Der Mietvertrag für eines der bekanntesten deutschsprachigen Brett- / „Pfeffermühle“ im berühmten Leipziger Thomaskirchhof wird Ende des Jahres nicht verlängert, denn die Bachforscher brauchen Platz. Mag sein und kann sicherlich durch Gutachten begründet werden. Trotzdem klingt das nicht gut. Denn bereits zum wiederholten Male kommt in Leipzig die Kultur nicht mehr unter ihr gewohntes Dach. Schon der lange und leider erfolglos ausgetragene Zoff „Grassimuseum contra Grassikino“ führte zum Verlust einer nicht nur stadtbekannten, sondern überregional beliebten Kulturadresse. Statt Harmonie wurde und wird der Missklang gesucht. Jetzt erneut! Die sogenannten Experten vergessen bei ihren gewiss durchgerechneten Plänen, dass nun offenbar in einem weiteren Fall langjährige kulturelle Stadtidentität verloren gehen wird. Vom eben entkernten „Capitol“ im Petershof ganz zu schweigen.

Also: Die Pfeffermühle gehört zum Bachdenkmal. Das kann allerdings nur derjenige begreifen und vor allem empfinden, der nicht aus Amerika mehrmals im Monat nach Leipzig einschwebt. • **MICHAEL ZOCK**

Clements pointenreicher Report

Eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE brachte es ans Tageslicht: Die Bundesregierung besitzt weder objektive noch wissenschaftliche Erkenntnisse über den vom ehemaligen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement behaupteten Sozialmissbrauch. Die Antwort seines Ministeriums belegt: Ziel des vom Clement-Ministerium im Sommer 2005 herausgegebenen Arbeitsmarkt-Reports war es, „durch die pointierte Darstellung von ausgewählten Fällen die Öffentlichkeit auf die Problematik des Leistungsmissbrauchs aufmerksam zu machen. Eine wissenschaftliche Begleitung war zur Erreichung dieses Zieles nicht erforderlich.“

Umso skandalöser ist es, dass dieses reine Propaganda-Pamphlet bereits Niederschlag in der Koalitionsvereinbarung gefunden hat. So ist jetzt u. a. die Beweislastumkehr bei eheähnlichen Lebensgemeinschaften vorgesehen. Mit Einzelfällen von „Männern in Unterhosen in der Wohnung von allein Erziehenden“ erweckte der unseriöse Clement-Report den Eindruck von massenhaftem Sozialmissbrauch. Repräsentative empirische Befunde gehen davon aus, dass lediglich 2 bis 3 Prozent der Sozialleistungen an Nichtberechtigte vergeben werden.

Anstatt Erwerblose als „Abzocker“ noch weiter zu stigmatisieren und doppelt und dreifach zu bestrafen, sollte sich die Bundesregierung energischer dem Problem Steuerhinterziehung widmen. Das wäre auch aus Haushaltssicht wesentlich effektiver. Schließlich beklagt die Deutsche Steuergewerkschaft Einnahmeverluste durch Steuerhinterziehung und -tricks in Höhe von 70 bis 90 Milliarden Euro. • **KATJA KIPPING**

Veröffentlichung gemäß § 8 des sächsischen Pressegesetzes
Leipzigs Neue wird vom Projekt Linke Zeitung e. V. herausgegeben. Der Verein besitzt kein Kapital. Leipzigs Neue finanziert sich ausschließlich aus den Vertriebs- und Anzeigenerlösen sowie aus Spenden.

DOKUMENTIERT

Nun schon fast täglich erreichen uns neue Hiobsbotschaften über das Baugeschehen um den Leipziger City-Tunnel. Da taucht im Untergrund „überraschend“ Braunkohle auf, da erweisen sich Quarzgesteine härter als man vermutete, da lässt sich Grundwasser nur durch überirdische Rohrleitungen abpumpen, da entstehen Schäden an umliegenden Gebäuden und Wasserleitungen müssen mit hohem finanziellen Aufwand wegen drohender Absenkung zusätzlich gesichert werden. Das alles führt natürlich zu nicht erwarteten Bauverzögerungen, so dass schon der Weihnachtsmarkt auf den Augustusplatz umziehen musste und leider mit weniger Besuchern abschloss. Wer weiß, welche „überraschenden“ Unwägbarkeiten noch auf uns zukommen. Wer glaubt hier eigentlich noch an eine Verkettung von Zufällen?

Kein Ruhekissen für die Linke

Leipziger Linksparteichef sieht in drohender Parteiüberalterung Aktionsfähigkeit gefährdet / Neue Strukturen gefordert, um Arbeit zu optimieren

LN. Als letzte der Parteien haben nun Anfang Januar auch die Linke.PDS und die WASG ihren gemeinsamen Kandidaten Dr. Dietmar Pellmann für die Leipziger OBM-Neuwahl am 5. Februar 2006 auf Delegiertenkonferenzen bestätigt (Kernsätze aus seinem Wahlprogramm nebenstehend auf Seite 3).

Linkspartei-Stadtvorsitzender Dr. Volker Külöw mahnte die Delegierten angesichts der seit dem Wahlsieg vom 18. September 2005 herrschenden Aufbruchstimmung, dass der Einzug einer starken linken Fraktion in den Bundestag alles andere als ein Ruhekissen sei. Die Linke habe in ihrem Wahlprogramm auf entscheidenden Politikfeldern ihre Politikangebote unterbreitet. Jetzt gehe es aber darum, „in Initiativen von unten, gemeinsam mit anderen vor Ort und durch Initiativen in den Parlamenten ihre Projekte in die öffentliche Diskussion zu

bringen, konkrete Vorschläge für ihre Verwirklichung zu erarbeiten und dafür mit langem Atem beharrlich zu wirken.“

Zu den Grundintentionen eines Stadtvorstand-Papiers „Kompass 2009“ gehöre es, „den enormen Handlungsdruck deutlicher als

Warum Wolfgang Tiefensees Platz schon lange nicht mehr in Leipzig war und was Sie schon immer über seine dürftige Bilanz als OBM lesen wollten, hat Dr. Volker Külöw jetzt in einer kleinen Broschüre zusammengefasst, die an Wahlkampf-Info-Ständen ausliegt.

bisher zu benennen, den wir in verschiedenen Bereichen des innerparteilichen Lebens sehen und dem wir bei Strafe unseres Unteranges in den nächsten Jahren Rechnung tragen müssen. Die dramatischsten Konsequenzen ergeben sich eindeutig aus der Überalterung unserer Partei, die zur wachsenden Verstärkung folgen-

der, ohnehin schon bestehenden Problemen führt: zum Sinken der Aktionsfähigkeit der gesamten Partei und vor allem in den bürgerschaftlichen Strukturen der Stadtbezirke und Ortsteile; damit geht die nachlassende Verankerung in sozialen Problemlagen von Menschen im Erwerbsalter einher; unsere mentale Verfassung wird immer stärker von einer Generation geprägt; mit diesen Problemen geht zugleich die Gefahr einher, dass ehrenamtliche Arbeit immer mehr wegbriecht, die Parteiarbeit innerhalb des aktiven Kerns zunehmend von Amt und Mandat dominiert wird und wir uns unmerklich von der Mitgliederpartei zur Funktions- und Mandatsträgerpartei wandeln.“ Neben der „Großaufgabe“ der Mitglieder- und Nachwuchsgewinnung sieht die Linke auch die immer dringendere Notwendigkeit, bisherige Strukturen und Arbeitsweisen nüchtern zu analysieren, „um eine Optimierung der Arbeit mit unserer derzeitigen Mitgliedschaft zu erreichen“.

Studiengebühren in Sachsen

2009 sollen sie eingeführt werden / Sofortiger Protest ist angesagt

LN. Die Junge Linke. PDS Sachsen ruft alle Studierenden und Nicht-Studierenden auf, sich an Protestaktionen gegen die geplante Einführung von Studiengebühren ab 2009 auch in Sachsen zu beteiligen: Noch seien zwar die Studiengebühren keine beschlossene Sache. Aber bleibt Wissenschaftsministerin Barbara Ludwig bei ihrem Versprechen, kann sie im Milbradt-Kabinett Rückgrat beweisen?

Internationale Beispiele zeigen, dass Studiengebühren weder zu einer Verbesserung von Lehre und Forschung an den Universitäten beitragen noch gesellschaftlich „sozialverträglich“ seien. Studiengebühren würden vielmehr zu einer noch schärferen Selektion im sächsischen Bildungswesen beitragen und die Anzahl der regulären Studienabgänger verringern. Aber genau das passt doch

nicht zusammen, wenn im europäischen Maßstab der Bedarf an hochqualifizierten Wissenschaftlern wächst – meint die Junge Linke.PDS Sachsen.

Auf ihrer Internetseite sammeln die jungen Linken bereits Meinungen, um ihre Proteste untermauern zu können. So schreibt unter anderem Jens-Uwe H., ein 45-jähriger arbeitsuchender Diplomingenieur: „Seit Wochen/Monaten frage ich mich allen Ernstes, warum diese Bundesrepublik Deutschland, eines der reichsten Länder dieser Erde, die Einführung von Studiengebühren in Erwägung zieht. In einigen Bundesländern wird es ja bereits praktiziert.“

In Zeiten, wo dieses Land laut Pisa-Studie auf Rang 27 (!!!) herumdümpelt, ist das meiner Ansicht nach ein Skandal. ... Die Qualität der Ausbildung an Hochschulen und Unis auf dem Lau-

fenden zu halten ist die verdammteste Pflicht dieses Staates.

Die Wahrheit ist, dass wir hier zusehends in ein Zwei-Klassen-Bildungssystem wie auch in ein Zwei-Klassen-Gesundheitssystem abtriften – es ist erschreckend.“ Kornelia M.: „Mich erschüttert es sehr, wenn nun auch in Sachsen die Studiengebühren eingeführt werden. Als Alleinverdiener einer 4-köpfigen Familie mit 2 studierenden Töchtern, eine benötigt auch noch Wohnung am Studienort, ist dies dann das Aus. Nach einer Bafög-Absage im letzten Jahr hoffen wir nun, dass dieses Jahr beide Anträge positiv beschieden werden ... Ich musste schon die meisten Versicherungen beitragsfrei stellen, hoffentlich nicht auch noch die Riesterrente, um die derzeitigen Ausgaben zu minimieren. Ich weiß ansonsten nicht mehr, wo noch der Rotstift anzusetzen ist.“

City-Tunnel

Das Millionengrab

Anfrage an die Sächsische Landesregierung von Dietmar Pellmann, Leipziger OBM-Kandidat von Linkspartei und WASG

Deshalb habe ich der sächsischen Staatsregierung – der Freistaat Sachsen ist immerhin Bauherr – jetzt noch einmal 18 konkrete Fragen gestellt, deren Beantwortung vielleicht ein wenig mehr Licht ins Dunkel bringen könnte. Schließlich hat die Leipziger Öffentlichkeit einen Anspruch auf Aufklärung. So steht die Frage, ob es wirklich bei den veranschlagten Gesamtkosten von 572 Millionen Euro bleibt. Und die Bürgerinnen und Bürger wollen auch wissen, wie lange sich das Baugeschehen wirklich noch hinzieht und welche Belastungen noch auf sie zukommen werden. Obwohl die Staatsregierung bisher immer erklärt hat, dass sich alles im Rahmen der geplanten Kosten hält,

sind Zweifel angesagt. Ich habe ohnehin den Eindruck, dass die erheblichen Kosten, die die städtischen Unternehmen wie Kommunale Wasserwerke, Stadtwerke oder LVB aufbringen müssen, weder von Bauherren noch von Bund oder EU erstattet werden. Letztlich werden wir als Leipzigerinnen und Leipziger dafür aufkommen müssen. Insofern haben wir ein fundamentales Interesse daran, dass der City-Tunnel nicht endgültig zum Millionengrab wird.

Die Linkspartei war von Anfang an gegen dieses Großprojekt und hält es bis heute für eine Fehlinvestition. Mehrheiten im Stadtrat haben sich bekanntlich für den Bau ausgesprochen. Das muss auch ich akzeptieren. Aber gerade deshalb werde ich strikt darauf drängen, dass Fehler und Fehleinschätzungen öffentlich benannt werden, weil uns nur das vor weiteren teuren Irrtümern bewahren kann.

Leipzigs Perspektive ist nicht rosiger als die der gesamten Rückstandsregion Ostdeutschland. Hier und da einige „Leuchttürme“ mit lediglich einer gewissen wirtschaftlichen Ausstrahlungskraft ändern die dramatische Lage nicht sonderlich. Schon vor Jahr und Tag stellten die kommunalpolitischen Leitlinien der Leipziger Linkspartei fest, dass sich weder die Bundes- noch die sächsische Landespolitik in der Lage zeigten, ihre Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Beschäftigungspolitik auf eine Veränderung dieser unhaltbaren Situation auszurichten. Angesichts der so entstandenen Lage kann die Flucht Wolfgang Tiefensees aus seiner Verantwortung für Leipzig kaum verwundern. Mit dem 55jährigen studierten Historiker **DR. DIETMAR PELLMANN** – der in vielen Jahren als PDS-Stadtrat (und inzwischen auch als direkt gewählter Landtagsabgeordneter) außerordentlich reiche kommunal- und sozialpoliti-

sche Kompetenz erwarb – einigten sich Linke und WASG auf einen gemeinsamen OBM-Kandidaten für die Wahl am 5. Februar. Medien spekulierten sofort, ob er denn das Amt überhaupt ernsthaft antreten wolle und ob seine Kandidatur nicht eine Verlegenheitslösung wäre. Pellmann gab eine klare Antwort: „Am Anfang von anderen unterschätzt zu werden, darin habe ich inzwischen langjährige Erfahrungen. Das hat mich stets zusätzlich motiviert. Und so wird es auch in den nächsten Wochen sein. Deshalb stelle ich unmissverständlich klar: Wer für das Amt des Oberbürgermeisters kandidiert, der muss es auch anstreben. Ob er es dann erhält, liegt in der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler.“ Leipzigs OBM zu sein, ist für einen Linken gewiss kein Traumjob. In keiner anderen sächsischen Großstadt gibt es schärfere soziale Gegensätze: Die Arbeitslosigkeit ist hier absolut

und relativ am höchsten, hier leben die meisten Empfänger von Sozialhilfe und Wohngeld und auch die meisten Suchtabhängigen. SPD und CDU bieten für eine nachhaltige und ausgewogene Stadtentwicklung keine wirklichen Alternativen. Ausstieg aus der öffentlichen Daseinsvorsorge, voraussetzender Gehorsam gegenüber der Landespolitik – man denke nur an die vielen Schulschließungen – fallen als Negativposten ihrer bisherigen Stadtpolitik ins Gewicht. Leipzig braucht den Wandel, der die Substanz unserer Stadt in den Mittelpunkt stellt und der zunehmenden Festivalisierung der Stadtpolitik entgegensteuert. Am 13. Januar stellt Dietmar Pellmann in einer Broschüre sein Wahlprogramm vor. Hier bereits Kernpunkte und dazu persönliche Gedanken, wie er sie den Delegierten der Linkspartei vortrug, die ihn am 4. Januar als ihren OBM-Kandidaten bestätigten.

Dietmar Pellmann: Ehrlich für Leipzig

Was ich für meine Wahl tun kann, werde ich mit ganzer Kraft leisten. Das können sowohl die Leipziger Linkspartei und die WASG als auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erwarten. An Schlammschlachten werde ich mich nicht beteiligen. Ich suche die Auseinandersetzung in der Sache. Dazu fühle ich mich auf entscheidenden kommunalpolitischen Feldern auch in der Lage.

Genau deshalb haben wir uns für das Motto „Ehrlich für Leipzig“ entschieden. Diese drei Worte sind Programm und verbinden sich zugleich mit meinem persönlichen Anspruch.

- *Ehrlich für Leipzig* heißt, dass wir die Situation unserer Stadt gründlich und schonungslos zu analysieren haben.
- *Ehrlich für Leipzig* heißt das Ende von Schönfärberei und Luftschlössern.
- *Ehrlich für Leipzig* heißt den Bürgerinnen und Bürgern die ganze Wahrheit über die Lage unserer Stadt zu sagen, weil sie sich erst so für die notwendige Mitgestaltung gewinnen lassen.
- *Ehrlich für Leipzig* heißt schließlich, gemeinsam mit den Menschen nach Wegen zu suchen, wie sich Leipzig konsolidieren und voranbringen lässt, was freilich eine optimistische Grundhaltung verlangt. Diesem Anspruch versucht mein Wahlprogramm gerecht zu werden. Es knüpft an unser gültiges Kommunalwahlprogramm an, übernimmt Passagen aus dem Wahlprogramm von Barbara Höll während ihrer OBM-Kandidatur und berücksichtigt nicht zuletzt Aspekte, die mir von den Freunden der WASG übergeben wurden. Bei alledem trägt das Programm meine Handschrift, denn eine Oberbürgermeisterwahl ist bekanntlich in erster Linie eine Personenwahl. Dennoch sollte die Zugehörigkeit und Verbundenheit mit der Linkspartei.PDS immer auch deutlich bleiben.

Die Kerngedanken:

1. Für soziale Gerechtigkeit und solidarisches Miteinander

Dieser Punkt steht für mich nicht etwa deshalb an erster Stelle, weil ich ihn aus fachlicher Sicht vielleicht am besten beherrsche. Für mich verbirgt sich dahinter ein Grundanspruch. Wir brauchen eine solidarische Stadtgesellschaft, die Armut eindämmt und für alle Altersgruppen und Bevölkerungsschichten da ist. Der Weg zu diesem Ziel wird lang und steinig sein. Dem haben wir aber alles unterzuordnen. Dazu gehört in erster Linie ein Umdenken in der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Für mich heißt das, Rahmenbedingungen zu schaffen, die we-

sentlich mehr nachhaltige Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe und damit höhere Steuereinnahmen sichern. Dazu bedarf es nicht nur weiterer Ansiedlungen, sondern vor allem einer gezielten Förderung des einheimischen Mittelstandes durch Bürokratieabbau und gerechtere Auftragsvergabe.

Langfristig braucht unsere Stadt zehntausende neuer Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe, aber auch einen starken öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, in dem existenzsichernde Beschäftigungsangebote entstehen müssen, und für eine längere Übergangsfrist wesentlich mehr ABM.

Das alles bringt uns Hartz IV bekanntlich nicht. Für mich ist dieses sozial- und wirtschaftsfeindliche Gesetz gescheitert und gehört abgeschafft. Wer es allerdings durch den nächsten Schnellschuss, nämlich die Einführung so genannter Kombilöhne, retten will, begeht bereits den nächsten strategischen Fehler. Gerade dem sächsischen Ministerpräsidenten, der den Freistaat als Versuchsfeld für die Einführung von Kombilöhnen anbietet und sich vor Wochen schon unter Missbrauch seines Amtes in den Leipziger Wahlkampf eingemischt hat, schreibe ich ins Stammbuch: Mindestlohn statt Kombilohn! Da befinde ich mich auch in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften, woran mir viel liegt. Wenn Georg Milbradt für Leipzig wirklich etwas tun will, dann soll er endlich für eine gerechte Verteilung der Fördermittel gegenüber der Landeshauptstadt sorgen und endlich zur Kenntnis nehmen, dass auch auf Grund seiner Politik der Leipziger Haushalt durch Hartz IV nicht etwa entlastet, sondern erheblich mehr belastet worden ist.

Zu einer sozial gerechten Stadt gehört freilich auch der Erhalt der öffentlichen sozialen und gesundheitlichen Daseinsvorsorge. Deshalb wird es hier mit mir keinen Verkauf des letzten städtischen Klinikums und auch keine weitere Absenkung der städtischen Kapazitäten bei Altenpflegeheimen geben. Und natürlich stehe ich für die Herstellung von Chancengleichheit für Frauen, selbst wenn ich das bisherige Tun der einzigen Frau in der gegenwärtigen Rathausspitze äußerst kritisch betrachte. Weitere Ziele wie würdevoller Umgang mit dem Alter oder selbst bestimmtes Leben für behinderte Menschen sind für mich Grundwerte, an denen ich nicht rütteln lasse.

2. Für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt

Auch dieser Schwerpunkt gehört eigent-



Dr. Dietmar Pellmann, gemeinsamer Leipziger OBM-Kandidat von Linkspartei und WASG

Foto: Märker

lich in den Bereich des Sozialen. Ich hebe ihn aber deshalb gesondert hervor, weil in der Förderung junger Menschen die Zukunft jedes Gemeinwesens liegt. Ich trete für mehr Beteiligung und Mitbestimmung junger Menschen in unserer Stadt ein und fordere gleiche Chancen für alle von der Kinderkrippe bis zur Berufsausbildung oder zum Studium. Deshalb brauchen wir Kita-Plätze für alle, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Ein stabiles Schulnetz, das der Stadtrat für einen langen Zeitraum festschreibt, ist für mich unabdingbar. Es muss endlich damit Schluss sein, dass der sächsische Finanzminister mit dem Rotstift in die Schullandschaft eingreift. Wir brauchen in Leipzig auch keinen voraussetzenden Gehorsam bei Schulschließungen, sondern viel mehr Widerstand gegen die Selbstherrlichkeit der Kultusbehörden.

3. Für Vielfalt in Kultur und Wissenschaft

Leipzig ist eine Stadt reicher kultureller und wissenschaftlicher Traditionen, von denen vieles im Heute fortlebt. Das soll so bleiben. Dennoch kommen wir angesichts immer knapper werdender Mittel nicht umhin, Überlegungen darüber anzustellen, wie die mehr als 100 Millionen des jährlichen Kulturetats so eingesetzt werden, dass nicht immer mehr Projekte der Basiskultur in ihrer Existenz bedroht sind. Der Vorschlag, etwa die Musikalische Komödie zu schließen, findet in mir keinesfalls einen Partner.

4. Für zukunftsfähige Stadtentwicklung und solidarische Stadtgesellschaft

Wir bauen und planen für Menschen und deren Bedürfnisse, nicht für Architekturpreise. Was nützt uns ein schönes Büro, wenn es leer bleibt? Und was nützt uns ein top saniertes Gründerzeithaus, wenn sich dafür kein Bewohner findet? Und als bekennender Grünauer füge ich hinzu: Sollten wir nicht endlich zur Kenntnis nehmen, dass der überwiegende Teil der Einwohner meines Stadtteiles gern in der Platte wohnt, anstatt über flächendeckenden Abriss zu sinnieren? Stadtplanung und Stadtentwicklung müssen beachten, dass die Bevölkerung älter wird, woraus sich Bedürfnisse auch für das Wohnumfeld ergeben. Zugleich muss es attraktiv und bezahlbar bleiben. Soziale Widersprüche sind in Leipzig schon weit fortgeschritten, was nicht gut für den sozialen Zusammenhalt einer Stadt ist. Deshalb verlangt für mich sozialer Stadtbau die Einrichtung einer Stabsstelle beim Oberbürgermeister, weil die Prozesse gegenwärtig viel zu sehr nebeneinander herlaufen, aber gebündelt und koordiniert gehören.

5. Für solide Haushaltspolitik

Leipzig ist hoch verschuldet und kaum noch handlungsfähig. Das muss klar ausgesprochen werden. Aus dieser Misere kommen wir ohne lange versprochene Gemeindefinanzreform auf Bundesebene nicht heraus, wir müssen sie einfordern und, wenn nötig, auf juristischem Wege gegen die Ungerechtigkeiten der Mittelzuweisungen des Freistaates Sachsen an die Stadt Leipzig vorgehen. Natürlich müssen auch wir in Leipzig noch viel ernster prüfen, wie höhere städtische Einnahmen erzielt und wo Ausgaben gespart werden können. Das wird ein harter Kampf, bei dem wir kaum mit einem konstruktiven Mitwirken der CDU rechnen können. Die bisherigen Medienscharmützel im Wahlkampf lassen ahnen, wohin die Reise unter CDU-Kommando gehen würde – Verkauf von städtischem Eigentum um jeden Preis. Dazu eine klare Ansage: Ich bin nicht gegen Privatisierung schlechthin, aber ein Verkauf der LWB, der Kommunalen Wasserwerke oder der LVB kommt für mich auf keinen Fall in Frage.

P.S. Den 6. Punkt „Für das gläserne Rathaus“ hat Dietmar Pellmann ausführlich in seinem Interview für LN (25/26 '05) erläutert, weshalb wir hier aus Platzgründen darauf verzichten.

Die Olympischen Spiele 2012 werden in London und nicht in Leipzig stattfinden. LEIPZIGS NEUE wollte deshalb vom Sprecher für Stadtentwicklung der Leipziger Stadtratsfraktion der Linkspartei, **SIEGFRIED SCHLEGEL**, der in Beiräten und Gutachterverfahren mitwirkte, wissen, was Olympia Leipzig trotz alledem gebracht hat. Waren alle Mühen und Kosten umsonst?

Vorhandenes erhalten und nutzen

Leipzig konnte sich unter den deutschen Mitbewerbern zunächst durchsetzen, weil es auf vielfältige Sporttraditionen zurückblicken kann und zentral gelegene Sportstätten und -areale besitzt. Bereits vor der Bewerbung wurde am Sportforum gebaut, entstanden die LEIPZIG ARENA und das neue Zentralstadion sowie der Hallenkomplex des Sportgymnasiums. Der Um- und Neubau von Trainingsstätten für den Leistungssport auf der Nordanlage ist geplant. Die für internationale Wettkämpfe taugliche Leichtathletikwettkampfanlage ist so angelegt, dass am Rand Zuschauertribünen aufgebaut werden können. Irritationen gab es, weil sich der Leichtathletikbund aus dem Olympiastützpunkt zurückziehen wollte. Wichtig im Sportforum ist dabei der Komplex der ehemaligen DHFK, in dem zahlreiche Gebäude historisch getreu und trotzdem für heutige Ansprüche saniert wurden, wie die Ernst-Grube-Halle, die Gebäude an der Jahnallee sowie Sozialbereiche. Die Sanierung der Fechthalle erfolgt gerade. Nur wird es eben jetzt etwas länger dauern, als bei einer erfolgreichen Olympiabewerbung. Dies ein Gegensatz zum geplanten fast vollständigen Abriss des Unikomplexes, offensichtlich vor allem aus ideologischen Gründen. Denn es gab auch für die Universität Planungen für eine Nachnutzung von Gebäuden. Da soll noch jemand sagen, der Freistaat hat kein Geld, wenn so Millionenbeträge versenkt werden. Dies ist umso unverständlicher, als dringend Geld für die Bildung, aber auch für den Erhalt von Schulen und universitären Gebäuden, Kultur- und Sportbauten benötigt wird. In den letzten Jahren ist deren Verfall stärker fortgeschritten, als Sanierung und Instandsetzung folgen können.

Leipzig wird 2006 trotz großer Haushaltszwänge die Sanierung der Leplay-Halle fortsetzen. Der Ringerbund bekannte sich zudem zum künftigen Leistungstützpunkt. Der Komplex mit einer Halle für Turner wird auch von benachbarten Schulen genutzt. Mit der Bildung der Sportbäder GmbH als Tochter der Kommunalen Wasserwerke sollen der Haushalt entlastet und trotzdem Schwimmhallen und Freibädern gesichert und saniert werden. Die schon 1999 begonnenen Arbeiten an der Volksschwimmhalle Kolmstraße sind in Kürze mit der Erneuerung der Beckenwassertechnik „in trockenen Tüchern“. Auch wenn aus Kostengründen eine Sanierung des Stadtbades leider nicht möglich ist, so wurde doch mit dem durch PDS-Antrag initiierten Neubau der „Grünauer Welle“ eine wichtige Einrichtung in diesem Stadtteil geschaffen. Die Sanierung des historischen Schreiberbades wird 2006 beginnen. In der Antonienstraße entsteht eine neue Schwimmhalle mit 50-m Bahnen.

Kosten und Mühen für Olympia – nicht alles war umsonst

Hamburg aber will nun Weltmetropole werden – auf Kosten anderer Länder



Leipzig und seine Straßen-Baustellen ... aber es kann nur noch besser werden.

Foto: Märker



Rostock – Hohe Düne: Olympia-projekt Yachthafen, eröffnet 2005

Die Fraktion der Linkspartei.PDS hat sich mit einem Antrag zum Haushalt 2006 für die Sanierung der Ostwaldschule einschließlich der Sporthalle eingesetzt. Neben anderen Fraktionen, machen sich die Linkspartei und vor allem Rüdiger Ullrich schon seit Jahren für die Sanierung der Alfred-Rosch-Kampfbahn gemeinsam mit Radsportlern stark. Allerdings stufte jetzt der einstige Radsportolympiasieger und Stadtrat Jens Lehmann diese als entbehrlich ein.

Alte Messe und agra in Olympiakonzept einbeziehen

Es war die PDS-Fraktion, die an Messe und agra dachte. Und zwar, als 2003 das IOC verlangte, alle Olympiawettkampfstätten in und um Leipzig zu konzentrieren. Für die Messe bedeutete das: Langfristige Entwicklungen und Mietverträge waren blockiert. Nach dem „Olympia-Aus“ konnten nun Mietverträge verlängert oder neu abgeschlossen werden. In der ehemaligen Messehalle 6 ist der Leipziger Eishockeyclub „Blue Lions“

ansässig, in Halle 7 will ein Investor Freizeitsport bieten. So kann auf 10 Kleinfeldflächen gleichzeitig gespielt werden. Der Pachtvertrag sieht vor, dass an mehreren Tagen die Halle von Leipziger Schulen kostenlos genutzt werden kann.

Olympiaprojekte werden umgesetzt

Umfangreiche Straßenbaumaßnahmen im Wert von 90 Millionen Euro gehörten zum Olympiaplan. Sie verlangten den Leipzigern viel ab, aber für die Bauten in der Jahnallee, Gustav-Adolf-Straße, Prager Straße, im Bereich der Alten Messe sowie am Grassimuseum oder in der Straße des 18. Oktober ist endlich ein Ende in Sicht.

Dank Olympiaförderung konnte auch das Stadtbild prägende Wohnhochhaus Wintergartenstraße saniert werden. Beim Umbau der Jahnallee mit Stadtbahntrasse nach Grünau wird mit der Offenlegung des Elstermühlgrabens einer der schönsten städtischen Räume entstehen. Auch wenn nicht alle Stadträte zustimmen, wird das Baufeld des ehemaligen Gewerbegebiets „Lindenauer Hafen“ frei-

geräumt – Voraussetzung für die Begrünung von Flächen und künftiger Wohnbebauung mit attraktivem Wasserblick.

Durch die Olympiabewerbung bekam die Seenlandschaft im Gebiet der ehemaligen Tagebaue kräftige Impulse. Am Markkleeberger See entsteht eine Kanuslalomanlage. Auf Böhlener Areal will der Leipziger Schützenclub Wurftauben schießen.

Straßenneubauten wie am mittleren Ring im Südosten oder am Tangentenviereck in der Nordvorstadt und durchs Rosental werden nach Ankündigung der Stadtverwaltung wegen fehlender städtischer Eigenmittel und eines großen Sanierungsstaus vorhandener Straßen für mehrere Jahre auf Eis gelegt. Auch ein zusätzlicher S-Bahntunnel in Ost-West-Richtung kommt für lange Zeit zu den Akten.

Eine Flasche Rotkäppchen in Hamburg verwettet

Kürzlich konnte sich der Autor erneut in Hamburg ein Bild davon machen, wie dort das Olympiakonzept nachwirkt. So wird auf dem ehemals für das Olympische Dorf ausgewiesenen Areal ein Wohngebiet mit zahlreichen Handelseinrichtungen entstehen.

Kürzlich wurde beschlossen, eine U-Bahn, teilweise unter dem Hafenbecken und in der Länge ähnlich dem Leipziger City-Tunnel, für 250 bis 300 Millionen Euro zu bauen. Im Wissen, dass der Leipziger City-Tunnel bisher schon über 600 Millionen Euro kosten wird, verwetete ich eine Flasche Rotkäppchen darauf, dass die Hamburger Trasse mindestens das Doppelte kosten wird.

Auf meine Frage, was denn aus den Planungen für die Olympiasportstätten geworden ist, verwies man auf ein ehemaliges Hafengebiet, dass man ja im Falle einer erneuten Bewerbung nutzen könnte. Das provozierte die Ansicht, dass dies mit nachhaltiger Olympiaplanung nichts zu tun hat und vielleicht einer der Gründe ist, warum Hamburg das Ziel verfehlte. In der Tat kamen im Hamburger Bewerbungsfilm viele Einwohner zu Wort, aber zu wenig Sportler, und es wurde kaum auf vorhandene und künftige Sportstätten verwiesen. Ein Blick von Hamburgs höchstem Turm, dem „Michel“, reicht eben nicht aus. Aber was soll's. Leipzigs Anstrengungen reichten auch nicht.

Hamburg soll nun aber wachsen auf Teufel komm raus, auch zu Lasten angrenzender Regionen. Der Anspruch heißt: Weltmetropole. Dabei dürfte einzig Berlin mit über vier Millionen Einwohnern in der Statistik der Weltmetropolen noch wahrgenommen werden. Tatsache ist auch, dass ein Bevölkerungswachstum auf über zwei Millionen in einer mitteleuropäischen Kernstadt stets zu Lasten der Region geht. Wobei im Falle Hamburgs nicht nur Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, sondern auch Niedersachsen und Bremen betroffen wären.

Ihre Bitte ist mir persönliches Anliegen

Frau Dr. Barbara Hölls Antwort auf den offenen Brief Prof. Bräuers:

Sehr geehrter Herr Prof. Bräuer,

arm oder reich, gut oder schlecht, Freihändler oder Globalisierungsgegner: Wenige Wochen nachdem sich die Wirtschaftselite – Lobbyisten und Aktivisten – erneut zur Welthandelsrunde nach Hongkong begeben hat, entbrennt erwartungsgemäß der altbekannte Streit über deren Sinnhaftigkeit. Glaubt man den WTO-Befürwortern, nützt die Liberalisierung den Armen. So verlangt man hier die Öffnung der Märkte vor allem in der Landwirtschaft – zugunsten der Entwicklungsländer. Den Gegnern der WTO zufolge gewinnen dadurch hingegen nur die Multis, die Armen zählen die Zeche. Kurz: Je nach Glaubensrichtung schafft globaler Handel Wohlstand, oder eben dessen Gegenteil.

Beides ist in sich nicht ganz stimmig. Mehr Handel ist per se weder gut noch schlecht. Und grenzübergreifender Warenaustausch erzeugt Gewinner und Verlierer: Reich und Arm, und das schon – Sie erwähnten es – seit Jahrhunderten. Hierbei ist anzumerken: Gewinner und Verlierer von Globalisierung findet man nicht per Glaubensbekenntnis. Doch wo verbirgt sich dann die goldene Regel der Globalisierung? Wie kann globaler Handel viele Menschen reicher und die Armen nicht (noch) ärmer machen? Seit David Ricardo, dem britischen Ökonomen aus dem frühen 19. Jahrhundert, folgt man zumindest im Kern folgender Theorie: Handel zwischen Ländern lohnt sich. Sonst gäbe es ihn nicht. Freier Handel veranlasst die Produzenten, sich ihrer jeweils verschiedenen volkswirtschaftli-

chen Vorteile zu bedienen und herzustellen, was sie gut und billig herstellen können. Nichts davon ist neu: Freiheit ist ein altes imperiales Versprechen. Bereits die spanischen Eroberer des 16. Jahrhunderts bedrängten die Eingeborenen Amerikas, die neue Ordnung „freiwillig“ hinzunehmen. Besonders in der angelsächsisch-amerikanischen Welt werden Kapitalismus und Imperium nach wie vor als untrennbar angesehen, ein Grundgedanke, der sich von der alten „zivilisatorischen Mission“ kaum abhebt. So argumentieren die Befürworter der Globalisierung, die Marktwirtschaft könne den Lebensstandard der westlichen Welt flächendeckend ausdehnen. Sie versprechen den Menschen, der Kapitalismus werde der ganzen Welt den Amerikanischen Traum

zugänglich machen – und dies trotz unverkennbarer Brüchigkeit seiner Ansätze –, sofern er sich nur ganz entfalten dürfe. Wie uns natürlich allen bewusst ist, besteht nicht die geringste Wahrscheinlichkeit, dass es so weit kommt. Die maßgeblichen Kräfte wüssten dieses Vorhaben bereits im Keim zu unterbinden – nicht zuletzt um ihr eigenes Überleben zu sichern. Es ist einleuchtend, dass der Verweis auf die amerikanische Wirtschaft als Modell für die Welt nicht mehr ist als schlecht getarnte Ironie. Nicht etwa, weil das Modell Amerika nicht effizient oder gefällig wäre. Sondern weil der Rest der Welt an der globalen Realisierung dieses Modells ersticken würde. Es bedarf nicht viel, dies zu erkennen.

Sie und Ihre Fraktion haben künftig ein Bundestags-Mikrofon und eine Reihe wohl eingeschränkter, aber nicht unwichtiger Rechte und Möglichkeiten zur Verfügung. Sorgen Sie mit dafür, daß der Zusammenhang von Reichtum, Armut, Ausbeutung und Diskriminierung lauter als bisher öffentlich gemacht wird. Die andere Seite trommelt mit einem exzellent funktionierenden medialen Manipulierungspotential und gewaltigen Finanzschüben für das Gegenteil. Mir

scheint dabei schon wichtig, die Armutsverhältnisse in den deutschen Ländern nicht aus dem Auge zu verlieren, z. B. auch das umfassende West-Ost-Gefälle in „Lohn und Brot“ nicht zu bagatellisieren. Machen Sie aber deutlich, daß alle Formen von „Unterstützung“, bis hin zu den Fördergeldern für wissenschaftliche oder sonstige Projekte, die Stiftungen eingeschlossen, gemessen an den Gewinnen, Renditen, Handsalben und Abfindungen eigentlich nur „Abfallgelder“ oder – um in meiner Terminologie zu reden – Almosen sind; wie beim reichen Fernhändler des 16. Jahrhunderts, der die Reste der Festmahlzeit ins städtische Armenhaus schicken und sich dafür feiern ließ bzw. mit einem Gebet bedankt wurde. Sorgen Sie jedoch vor allem dafür, daß sich der „allgemeine Blick“ über den deutschen Tellerrand hinaus erweitert: Die ärmsten Länder brauchen Soforthilfe, von der Decke bis zum Cent, insofern also die Unterstützung der Regierungen und Hilfsorganisationen, vor allem aber ist ihnen Arbeit für eigene Zwecke nötig, zur Subsistenzmittelbeschaffung und zur Selbstfindung ...

Wir können davon ausgehen, dass diejenigen, die uns das „Gesamtangebot“ aus Kapitalismus und Imperium immer wieder unterbreiten, eines klar ist: Ihr Angebot wird auf einem zweistufigen Modell basieren. Es ist gut möglich, dass sich der Lebensstandard in Indien, Thailand, Lesotho oder Ghana verbessern wird, doch er wird nie derselbe sein wie jener des Westens. Und dennoch – oder gerade deshalb: Ihrer Bitte nachzukommen, verehrter Herr Professor Bräuer, wird mir auch im Hinblick auf das „West-Ost-Gefälle“ dieses Landes inner- wie außerparlamentarisch ein persönliches Anliegen sein.

MIT FREUNDLICHEN GRÜßEN
DR. BARBARA HÖLL

Grabberts

Vor genau einem halben Jahrhundert kam Günter Grabbert nach Leipzig. Hinter ihm lagen einige Jahre am Landestheater Altenburg sowie ein Studium am Deutschen Theaterinstitut in Weimar. Begonnen hatte alles zunächst sehr laienhaft im Theaterzirkel der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Schwerin. Das ist die Stadt, in der er bereits am 15. Januar 1931 das erste Mal richtig Stimme gab.

Mit 25 schien der nun in Leipzig angekommene, kräftige Typ zunächst dafür geeignet, klassenbewusste Arbeiter und Revolutionäre zu spielen. Er war der Matrose

Theater und Stadt

Alexej in der „Optimistischen Tragödie“, der Dawydow in „Neuland unterm Pflug“ und Ingenieur Strogow in „Am Ende der Nacht“. Unvergesslich, wer das 1961 erleben konnte, Grabberts „König Richard III.“ Ein schaudern machender Tyrann von intriganter Intelligenz.

Im Herbst 1965 – Leipzig feierte den 800. Geburtstag – da besetzte ihn der damalige Generalintendant Prof. Kayser als Faust in seiner berühmten Inszenierung. Die unpathetische Dialoggestaltung zog damals auch alle Schüler in ihren Bann, deren Deutschunterricht ab und an abends im Schauspielhaus stattfand. Grabbert blieb Kleinparis treu. Er arbeitete auch viel im Hörspiel, besprach eine wundervolle Ausgabe von LITERA mit Schillers Räubern, las in Clubs, rezitierte auf mancher Maikundgebung, fuhr gern Straßenbahn und liebte das Rosental. Letzteres blieb über die Jahre. Auch sein Theaterengagement. Viel war inzwischen nicht nur in Leipzig passiert, als ihn 1995 Wolfgang Engel in Peter Handkes Spiel ohne Worte „Die Stunde da wir nichts voneinander wussten“ besetzte. Grabbert ist elf Jahre später noch immer unvergessene Leipziger Schauspiellegende. Aufrichtiger Glückwunsch zum 75!



G. G. 1965 in der DFF-Reihe ERLESENEN. (Das Mordloch im Walde) Foto: LN Archiv

75. Geburtstag

Mit einer Nebenrolle im DEFA-Film „Der Teufelskreis“ über den Reichstagsbrandprozess tauchte Grabberts Name 1956 zum ersten Mal im Kino auf. Auch hier folgten so genannte positive Helden, sei es im Werner Seelenbinder-Film „Einer von uns“ oder in Kurt Maetzig's „Lied der Matrosen“. Nachhaltiger im Gedächtnis seine Rollen in den kürzlich im Fernsehen wieder ausgestrahlten DEFA-Filmen „Beschreibung eines Sommers“ sowie „Professor Mamlock“. Trotzdem zählte er nicht zu den Meistbesetzten in Babelsberg. Es blieb bei interessanten

Film und Fernsehen

Episoden, so auch im „Geteilten Himmel“ oder in „Das Mädchen auf dem Brett“ an der Seite der seinerzeit bekannten Wassersportlerin Christiane Lanzke. Interessanteres und künstlerisch ergiebigeres bot dem vielbeschäftigten Theatermann schließlich das Adlershofer Fernsehen. Seine bedeutsamste Aufgabe war der moderne Mephisto Wölfchen Jonkers in dem mehrteiligen Fernsehroman „Dr. Schlüter“ an der Seite von Otto Melles. Günter Grabbert schätzte an dieser Rolle „die Möglichkeiten und Gefahren der Verführung des Menschen durch Macht“. Man muss es leider sagen: Diese Sendungen liegen inzwischen auch schon wieder 40 Jahre zurück und haben bisher kaum die Chance einer Wiederaufführung, selbst nach Mitternacht, gehabt. Kurios wirken heute Fotos aus längst vergessenen Krimiserien wie beispielsweise „Die 3 von der K“, wo Günter Grabbert an der Seite von Eberhard Esche und Cox Habbema zu sehen ist. Ja, auch er spielte in dem Langläufer „Zahn und Zahn“ an der Seite Häppchens, sprich Helga Piur. Schade, dass sein Name heute in Besetzungsbüros überlesen wird.

• MICHAEL ZOCK



Doppelzüngig

Sachsens Regierungschef Milbradt hat ein Patentrezept zur Sanierung der öffentlichen Kassen kreiert: absolutes Verbot der Nettoneuverschuldung von Gemeinden, Ländern und Bund. Dazu der PDS-Politiker Prof. Peter Porsch:

„Schuldenmachen ist natürlich keine Tugend, aber wer gegen Staatsverschuldung redet, muss zuerst die Einnahmen des Staates in Ordnung bringen. Vermögens- und Erbschaftsteuer, angemessene Besteuerung von Spekulationsgewinnen sind nur einige unserer Vorschläge zur Verbesserung staatlicher Einnahmen, die nicht zuletzt Milbradt immer abgelehnt hat. Wer aber wie Milbradt dem Staat ein Schuldenverbot auferlegen will und zugleich von Studenten ein Studium auf Pump verlangt, verhält sich doppelzüngig. Staatliche Aufgaben werden privatisiert, und an Stelle des Staates haben sich dann die Bürger stärker zu verschulden – das ist offenbar Milbradts Logik, die hinter seinem Vorschlag steckt.“

Auch der Deutsche Städte- und Gemeindetag wies Milbradt Forderung als realitätsfern zurück. Er verwies darauf, dass die Kommunen unter den gegenwärtigen Bedingungen die Kredite längst nicht mehr vorwiegend für Investitionen, sondern für die Erfüllung ihrer gesetzlich festgelegte Pflichtaufgaben verwenden. • L.

Neujahrsreden und Realitäten

LN. „Es soll ein Jahr Ihrer Erfolge werden. Wir wollen alle optimistisch das Jahr 2006 angehen“, sagen die führenden sächsischen Politiker der Linkspartei. PDS, Dr. Cornelia Ernst und Prof. Dr. Peter Porsch, den Bürgern des Landes zum Jahreswechsel. Sie räumen aber sogleich ein, für viele sei das leichter gesagt als getan. „Die Großen in der deutschen Wirtschaft haben gelernt, Gewinne ohne Wachstum zu machen.“ Das gehe, weil man Arbeitsplätze weg-rationalisiert oder in so genannte „Billiglohnländer“ verlagert. Von steigender Arbeitslosigkeit gingen aber keine Impulse für Wachstum aus und die Beteiligung am Betriebserfolg werde mit Arbeitslosigkeit verwirkt.

„Wer uns bei steigender Arbeitslosigkeit auffordert, die Ärmel aufzukrempeln und das zu tun, was wir können, nämlich arbeiten, ist entweder besonders zynisch oder hat jeglichen Bezug zur Wirklichkeit verloren. Wer will denn nicht arbeiten?“

Ernst und Porsch verweisen auf die rund 400 000 Arbeitslosen allein in Sachsen und stellen fest: „Arbeitsplätze entstehen mit Nachfrage nach Produkten. Daran müssen sich künftige Lohnverhandlungen orientieren. Insofern dienen Lohnerhöhungen und sichere Löhne wirtschaftlichem Erfolg und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Daran hat sich auch staatliche Investitionspolitik zu orientieren.“ Und sie fragen dann: „Wie soll die

öffentliche Hand aber die Investitionen steigern und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen stimulieren, wenn unser Ministerpräsident immer nur über Einsparungen und Abbau von Schulden nachdenkt, über Möglichkeiten der Steigerung der Einnahmen jedoch kein Wort verliert?“

Die Politiker erinnern an Vorschläge der Linkspartei wie Wiedererhebung der Vermögenssteuer, Reform der Erbschaftsteuer, Besteuerung von Luxusgütern und Beteiligung der Unternehmen an der Finanzierung der Sozialsysteme nach der Wertschöpfung. Das belaste die Belastbaren und nicht, wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die sozial Schwächeren.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Dezember

Dezember-Werte eine Wende?

Obwohl die Arbeitslosenzahl in Leipzig Ende Dezember noch um gut 2000 über dem Vorjahresstand lagen, sah der Direktor der Leipziger Arbeitsagenturen u. a. in dem vergleichsweise geringen Anstieg im Dezember (fast Gleichstand mit dem Vormonat) das Zeichen einer beginnenden Wende auf dem Arbeitsmarkt – der Anstieg könne gestoppt werden. Aber zunächst markiert hier der Bestand von 73 614 Arbeitslosen den bisher höchsten Dezemberstand. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen bewegt sich weiterhin bei 44 Prozent aller Arbeitslosen.

In Sachsen insgesamt zeigt sich die Lage mit rund 22 700 Arbeitslosen weniger als vor Jahresfrist – ungeachtet des Dezember-Anstiegs um etwa 9500 – deutlich besser als in Leipzig, das mit einer Quote von 19 Prozent immer noch das Schlusslicht der zehn sächsischen Agenturen bildet. Zum Vergleich: Spitzenreiter Dresden meldet nur 14 Prozent.

Inwieweit die Hoffnungen auf schrittweise Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im neuen Jahr begründet sind, wird sich vielleicht schon Ende Januar zeigen, dem Monat mit dem gewöhnlich größten Anstieg. Sowohl Karl-Peter Fuß für Sachsen als auch Lothar Meyer für Leipzig sprachen sich dafür aus, die Anwendung der umstrittenen Kombilöhne in ihren Territorien zu erproben. Man solle nichts unversucht lassen, was zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit beitragen könnte.

• G. LIPPOLD

Sachsen nach einem Jahr Hartz IV

LN. Ein Jahr nach Wirksamwerden des Hartz IV-Gesetzes zieht der Landtagsabgeordnete und Oberbürgermeisterkandidat der Linkspartei in Leipzig, Dietmar Pellmann, eine Bilanz. Dass Hartz IV gescheitert ist, sei inzwischen nicht mehr nur die Position der Linkspartei, son-

dern gehe auch aus einer Studie ausgewiesener Wissenschaftler hervor. Deshalb reiche es nicht, lediglich die schwerwiegendsten Fehler zu korrigieren, sondern das Gesetz müsse abgeschafft werden. Diese Größe der Einsicht in eigene Fehler scheinen weder die Bundesregierung

noch die sächsische Staatsregierung aufzubringen.

Pellmann teilt mit, dass es in Sachsen ein Fünftel mehr „Bedarfsgemeinschaften“ gibt, als Anfang 2005 vermutet. Die meisten Kommunen wurden – entgegen Milbradts Worten – durch Hartz IV nicht entlastet.

Neue Konstellation

LN. Angesichts der Austritte von NPD-Abgeordneten aus der Partei und ihrer Landtagsfraktion äußerte MdL André Hahn (Linke), die Schwächung der NPD sei ein Gewinn für die Demokratie sowie für die politische Kultur. Zugleich verweist er auf Konsequenzen in der parlamentarischen Praxis – Besetzung von Landtagsfunktionen, Redezeiten –, aber auch auf das dubiose Vorgehen des Verfassungsschutzes, das mit den nun fraktionslosen konservativen Abgeordneten faktisch die Rolle der CDU gestärkt habe.

Mehr Nachholer

LN. Der „zweite Bildungsweg“ hat Zulauf in Sachsen. Laut Statistischem Landesamt nutzen im laufenden Schuljahr insgesamt 2939 Erwachsene – 267 mehr als im Schuljahr 2004/05 – die Möglichkeit des nachträglichen Abschlusserwerbs. Das Abitur wollen 788 erwachsene Schüler am Abendgymnasium und 956 im dreijährigen Vollzeitunterricht nachholen. Den Haupt- oder Realschulabschluss an der Abendmittelschule streben 1195 Erwachsene an. Knapp 60 Prozent aller Nachholer sind 20–25 Jahre alt.

Falsches Pferd

LN. MDR-Intendant Udo Reiter setze auf das falsche Pferd, kritisiert Heiko Hilker, Medienexperte der Linksfraktion im Landtag. „Schon vor einem Jahr hatte der MDR-Rundfunkrat den Intendanten aufgefordert, im kommenden Wirtschaftsplan Prioritäten zu setzen. Dabei ging es nicht um ‚Tatorte‘ oder Serien, sondern darum, die regionale Berichterstattung zu verstärken und Mittel von der Unterhaltung zu Kultur und Politik umzuschichten.“ Aufgabe des MDR sei nicht nur zu sparen, sondern auch gutes Programm zu machen.

20. Dezember

Dresden. Nach Mirko Schmidt tritt auch der Landtagsabgeordnete Klaus Baier (Ansbach-Buchholz) aus der NPD aus.

Dresden. Das Kabinett gibt das neue Privatschulgesetz zur Anhörung frei. Es soll freie Schulen stärken. Freie Berufsschulen, so Minister Flath, müssten allerdings mit Zuschusskürzung rechnen.

21. Dezember

Leipzig. Ministerpräsident Milbradt wirft in einem Interview Leipzigs Stadtverwaltung vor, sie habe zu lange auf Dienstleistungen gesetzt und zu viel Schulden angehäuft.

22. Dezember

Bautzen. Die Waldschlösschenbrücke in Dresden darf gebaut werden, entscheidet das Oberverwaltungsgericht. Der Weltkulturerbe-Status des Dresdner Elbtals bleibt außer Betracht.

Kamenz. Die Energiepreise treiben die Teuerung in Sachsen auf den höchsten Stand seit acht Jahren, teilt das Statistische Landesamt mit.

23. Dezember

Dresden. Mit Jürgen Schön (Leipzig) verlässt der dritte NPD-Landtagsabgeordnete

SACHSEN-CHRONIK

20. Dezember bis 9. Januar

Partei und Fraktion ohne Mandatsaufgabe.

25. Dezember

Plauen. Etwa 15 randalierende rechtsextreme Jugendliche, denen gegen 3.30 Uhr der Eintritt zu einer Tanzveranstaltung verwehrt wird, verwüsten das Lokal und attackieren Gäste mit Flaschenhälsen.

27. Dezember

Hoyerswerda. Der Landtagsabgeordnete der Linkspartei. PDS Dietmar Jung stirbt 48-jährig an einem Herzinfarkt. Der gelernte Schlosser und Betriebswirt gewann bei der Landtagswahl 2004 in Hoyerswerda das Direktmandat und war Sprecher seiner Partei für Bau- und Wohnungspolitik.

Dresden. Rund 300 000 Sachsen sind Diabetiker, informiert die Deutsche Angestellten-Krankenkasse. Sie startet in Leipzig, Chemnitz und Dresden ein Präventivprogramm.

1. Januar

Dresden. Der neue Staatsbetrieb „Sachsenforst“ nimmt die Arbeit auf. Die 47 Forstämter gehen in 15 Forstbezirken mit 223 Revieren auf (über 100 weniger als bisher). 125 Revierförster betreuen Staatswald, 98 sind für sonstiges Waldeigentum zuständig.

Gröbers/Leipzig. Die RWE-Tochter Mitgas erhöht die Gaspreise für Haushalte und kleinere Gewerbekunden um über sieben Prozent. Die Stadtwerke Leipzig, die Dresdner Drewag und EnviaM in Chemnitz erhöhen die Strompreise.

4. Januar

Leipzig. In Sachsen lernen nur etwa 500 junge Menschen Polnisch, in Niederschlesien 300 000 junge Leute Deutsch, teilt der Direktor des Polnischen Instituts Leipzig, Michal Maliszewski, mit.

Kamenz. Leipzig ist wieder Halbmillionenstadt, bestätigt das Statistische Landesamt. Nach starkem Schwund in den 90er Jahren hat die größer gewordene Stadt etwa den Stand von 1900 erreicht.

6. Januar

Dresden. Ein Schmuggler-Ring mongolischer Botschaftsmitarbeiter aus Moskau, Sofia und Berlin ist ausgehoben, gibt das Zollfahndungsamt Dresden bekannt. Unter Führung einer Diplomatenfrau schmuggelte der Ring rund 7,7 Millionen unversteuerte Zigaretten in die EU ein.

7. Januar

Bautzen. Auf Einladung der Linksfraktion. PDS des Landtags treffen sich erstmals Vertreter der Gesamtpolnischen Vereinigung der Gewerkschaften (OPZZ) und des DGB Sachsen. Der DGB wird die Aufnahme der OPZZ in den Europäischen und den interregionalen Gewerkschaftsbund unterstützen.

9. Januar

Dresden. Landtagspräsident Erich Ilgen fordert alle Fraktionen auf, mit Delegationen nach Auschwitz zu fahren. Die NPD-Fraktion hatte im Vorjahr ein Gedenken an die Nazi-Opfer verweigert.

Man kann den tiefen Zwiespalt nicht aufheben: Da ist einmal die kollegiale Bewunderung dem Lebenswerk eines Literaturwissenschaftlers gegenüber, einen Sammelband seiner wesentlichen Untersuchungen zum Werk der großen Erzählerin Anna Seghers herauszubringen, und da ist das bedrückende Gefühl der Vergeblichkeit allen wirklich künstlerischen Angebots in dieser gegenwärtigen Gesellschaft. Es wird nicht angenommen, ja es wird verhindert.

Mein Gang in die Stadtteil-Bibliothek – einer Gemeinde von zehntausend Einwohnern mit einem „Medienbestand“ von ca. neuntausend „Einheiten“ – war umsonst. Meine Frage nach dem Roman *Der Kopflohn* von Anna Seghers erübrigte sich, denn es gab da überhaupt keinen Titel dieser Autorin. Früher hatte man ein wenig, so die Auskunft, doch Bücher, die zwei Jahre nicht ausgeliehen würden, werden eliminiert. Außerdem wird die Bibliothek zum Ende des Jahres sowieso geschlossen.

Friedrich Albrecht ist das Rezeptionsproblem natürlich bewusst. Anlässlich der späten Erzählung *Wiederbegegnung* (1977) schreibt er:

„Und die jungen Leser, sofern sie überhaupt zu dieser strengen Prosa finden werden? ...Der Leser in der Spaß- und Lustgesellschaft: ... wendet er sich mit Hohn, Häme und Gelächter? Oder spürt er den Anhauch einer anderen Welt? Empfindet er, der Nachdenklichere und Sensiblere unter ihnen, etwas Ähnliches wie der französische Knabe am Schluß der Seghersschen Erzählung ‚Wiedereinführung der Sklaverei in Guadeloupe‘? Dort steht: ‚Es gab also noch eine andere Welt. Dort wurde nach anderen Gesetzen gehandelt. Der fremde Mann hatte sein Leben für etwas geopfert, was nichts mit dem Ruhm zu tun hatte, von dem man hier las und sprach [...] Der Ruhm des fremden Mannes bestand nur aus einem Frösteln, das über den Rücken des Knaben rieselte.‘ Anna Seghers hat gewußt, was Tragödien der Geschichte sind und wie spätere Generationen mit ihnen umzugehen pflegen.“

Angefangen hatten die „Bemühungen“ Albrechts schon 1956: Seine germanistische Diplomarbeit galt, in Absprache mit Hans Mayer, dem Roman *Die Toten bleiben jung* (1949) und – hier setzt meine Bewunderung schon ein: Er schickte sie der berühmten Autorin, mit einem handschriftlichen Brief – das Faksimile des Briefes eröffnet den Band – zur Lektüre nach Berlin! Anna Seghers antwortete. Auch diesen Brief kann man eingangs lesen. Und da steht nun eine Passage, von der ich mir vorstelle, daß sie dem Seghers-Forscher Friedrich Albrecht lebenslang wie eine „Flammenschrift an der Wand“ seines Arbeitszimmers hat stehen müssen:

„Ich möchte nur eins schon jetzt sagen: Es ist Ihnen doch klar, dass man als Künstler niemals oder selten oder völlig anders über die sogenannten Kunstprobleme nachdenkt? Ich glaube, dass man die Leser viel zu sehr daran gewöhnt hat beim Lesen eines Buches Falsch und Richtig zu denken und dabei die Darstellung an einer Methode zu messen...“

Hier klingen bittere Erfahrungen an, die Anna Seghers über Jahrzehnte mit der Kritik hat machen müssen; auch oder fast vor allem: mit der marxistischen. Man lese als erstes: „Anna Seghers in der Literaturkritik des Exils“, 1993. Der Aufsatz war mir einer der erregendsten der Bemühungen, die ja im Ganzen die

Ein ungemein erhellendes Buch

Unbeirrbarkeit der Dichterin darlegen. Albrecht musste also von Anfang an über die wirklichen, nicht über die „sogenannten Kunstprobleme nachdenken“, sich vor dogmatischem „Falsch und Richtig“ hüten und statt der „einen Methode“ die suchen, die dem jeweiligen Werk gerecht würde.

Auf 34 Seiten Vorbemerkung beschreibt Albrecht seinen Weg zu und mit Anna Seghers, „im Wandel der Zeiten“, im Umbruch der Welt. Ohne dabei seine frühen Arbeiten anzutasten, sondern sie zu bekennen. Ihre Qualität spricht für sich. Der größere Teil der Arbeiten entstand nach 1989, im immer schmerzlicheren

„*gung und Exil teilte; die alte Dichterin, die sich von den falschen Bildern einer obrigkeitlich kultivierten Saturiertheit des Angekommenseins nicht täuschen ließ, sondern ihnen ihr poetisches Konzept entgegenstellte – unaufdringlich und geduldig, auf die Macht der Dichtung hoffend.*“ Wie angemessen, wie schön gesagt!

Begreift man Literaturwissenschaft, eingegrenzter: Kritik, in ihrer einzig gerechtfertigten Funktion: als Vermittlerin zwischen der Kunst und dem Leser, dann hängt alles vom kunstnahen Vermögen des Mittlers ab.

Die Initialzündung für Albrecht war – so

der Bilder der Natur. Ein Subjekt wird erkennbar, der innere Kosmos einer „Dichterin“. Albrecht gibt Anna Seghers dieses Prädikat. In der Reclam-Biographie von Kurt Batt (1973), von Albrecht höchst geschätzt, taucht dieses Prädikat nicht auf. Mich hat es überzeugt. Vor allem als ich jene vier späten Erzählungen noch einmal las: *Der Führer* (1965), *Überfahrt* (1971), *Wiederbegegnung* (1977), *Drei Frauen aus Haiti* (1980); las, mit geschärften Sinnen, mit wahrer Entdeckerfreude „in der assoziationsreichen Atmosphäre... solcher Sparsamkeit der künstlerischen Mittel“.

Friedrich Albrecht hat allein ihnen 120 Seiten seiner Bemühungen gewidmet. Völlig zu Recht. Eingelöst, was er sich selbst zur Aufgabe gestellt hatte: „*Die Haltung des Literaturwissenschaftlers gegenüber dem dichterischen Text scheint mir eine Kardinalfrage zu sein. Sie betrifft seine Redlichkeit, seine Empfänglichkeit für poetische Werte und Nuancen, seine handwerklichen Fähigkeiten, sie zeigt letztlich seine Bewährung oder sein*

Hermann Hesse über Anna Seghers

Auf dem Wege zur amerikanischen Botschaft

Anna Seghers hat vor drei Jahren für eine Erzählung den Kleistpreis erhalten, sie ist unter den Frauen der jungen deutschen Dichtergeneration wohl die merkwürdigste und imponierendste Erscheinung. Ihre Erzählungen aus dem Leben der Armen sind ohne Tradition und ohne Manier, schwer und zögernd geht ihr Schritt, wie in Fesseln, und man empfindet diese Fesseln sowohl als Schwere des erlebten Inhalts wie auch als zähen Kampf um die Form. Diese neuen Erzählungen bestätigen alle Hoffnungen, die jenes erste Werk erregt hat, sie kommen aus Not und Dumpfheit und dringen bis zur reinen Dichtung vor, dem programmatischen Romane etwa von Heinrich Mann und Leonhard Frank hierin weit überlegen. (1931)

Rundbrief an einige Freunde in Schwaben

... Da fällt mir ein: Mehrere von Euch haben mir von schlechten Erfahrungen mit neuen Romanen erzählt, die sich die jüngste deutsche Historie zum Thema gewählt haben. Ich kenne von dieser Literatur sehr wenig und habe ja auch diese traurige Historie wach genug miterlebt, um kein Bedürfnis nach solcher Lektüre zu spüren. Aber zufällig ist mir doch ein solches Buch bekannt, ein sehr gutes, ein Roman, der von 1919 bis 1945 die Geschichte des deutschen Nationalismus und des deutschen Kommunismus erzählt. Der Roman ist von Anna Seghers, einer Kommunistin, und hat mir bis auf den Titel „*Die Toten bleiben jung*“ überaus gut gefallen, denn es waltet in ihm eine dichterische Kraft, Liebe und Gerechtigkeit, die stärker ist als alle Parteigegebenheiten.



Bewusstsein des Utopie-Verlusts. Dies allerdings schärfte den Blick auf das rückliegende Kunstwerk, gab Aspekte frei, die man nicht gesehen oder nicht hatte wahrhaben wollen: Warnendes, Beunruhigendes, Ungerechtes, Tragisches in jenem Versuch einer historischen Alternative.

Hat Stefan Zweig recht, wenn er feststellt: „*Es bleibt ein unumstößliches Gesetz der Geschichte, daß sie gerade den Zeitgenossen versagt, die großen Bewegungen, die ihre Zeit bestimmen, schon in ihren ersten Anfängen zu erkennen.*“?

Allein die großen Dichter möchte man da ausnehmen. Ihr Vermögen war immer, „Anfängen“ – im Guten wie im Bösen – auf der Spur zu sein, ins Bild zu bringen, ins Erzählbare zu verwandeln. Freilich auch immer wieder das Schicksal der Cassandra zu erleiden. Albrecht vermag solches Tun über eine lange Lebenszeit, hoffend, im Werk der Schriftstellerin nachzuvollziehen:

„*Anna Seghers trug diese nie versiegende Unruhe in sich selber: Sie, das junge Mädchen, das, auf der Rheinbrücke stehend, sehnsüchtig dem großen Strom nachblickte; die junge Frau, die sich den Gefährten anschloss, mit ihnen Verfol-*

erinnert er sich – die Begegnung mit dem 1954 erschienenem Wagnis der Sprache von Fritz Martini: „... damals beeindruckte mich nicht nur die zu höchster Perfektion getriebene Kunst der Prosa-Analyse, sondern noch mehr eine Hinwendung zum dichterischen Text, wie sie vorher nur lyrischen Gebilden zuteil geworden war.“ Albrechts Credo wurde die „Arbeit nahe am Text“, „eine genaue und unvoreingenommene Analyse der einzelnen Texte“. Ein Glücksfall der Vermittlung.

Nicht die großen Romane werden in den Mittelpunkt der 21 Abhandlungen gerückt, sondern vielmehr Motive, Gestalten, Problemkonstanten, die das Gesamtwerk der Anna Seghers prägen: Treue, Verrat, Verwandlung, Liebe, Freude, Fernweh; Menschen auf der Flucht, ahasverische Unrast, der Tod; der epische Raum, die Höhle, das mythische Element, die versteinerte Welt. Ein staunenswerter Teppich, ein wunderbares Geflecht, was sich uns da eröffnet dank der außerordentlichen und ständig präsenten Kenntnis dieser Prosa, bis in die feinsten Verästelungen der Psychologie der Figuren und

Versagen vor dem dichterischen Text.“ Der letzte Aufsatz gilt Christa Wolf: ihrem Verhältnis, ihrem Bekenntnis zu Anna Seghers: „Ein anhaltendes, eindringliches Interesse“. Ein produktiver Einfall insofern, als die uns nahe Christa Wolf auf ganz andere Weise als der Literaturwissenschaftler uns die große Dichterin präsent machen kann. Hatten sie sich doch nahestanden über drei Jahrzehnte wie nicht noch einmal zwei Autoren, trotz des Altersunterschieds einer Generation und der ganz anderen Grunderlebnisse. Die Tragik in Leben, Idee und Werk der Anna Seghers fand Christa Wolf schon 1965, und sie selbst musste ein tragisches „Verlierergefühl“ für sich in den neunziger Jahren konstatieren. Das Bewusstsein, „dass in dieser Welt etwas von Grund auf nicht stimmt“. Eine beklemmende Umschau.

• HORST NALEWSKI

Friedrich Albrecht: *Bemühungen. Arbeiten zum Werk von Anna Seghers 1965-2004.* Peter Lang AG, Bern, Berlin, Brüssel u.a. 2005. XVIII., 577 S., 3 Abb., 70,40 Euro.

Jugend im Hitlerstaat

1938/39 HATTE ICH zu einem antinazistischen, aber vorwiegend nichtkommunistischen, pazifistischen und ausgeprägt francophilen Leipziger Kreis von Intellektuellen Verbindung gewonnen, in dem der Komponist Joachim Kötschau eine wesentliche Rolle spielte. Unter dem Einfluss dieses Kreises begann ich mich von der nazistischen Ideologie zu lösen. In der Folge trennte ich mich auch von der HJ, indem ich ihren Aufforderungen zu Veranstaltungen und Aussprachen nicht mehr folgte. Auch die politische Atmosphäre in dem Betrieb Meißner und Buch, wo ich den Beruf des Lithographen erlernte, begünstigte diese Entwicklung. Der Inhaber war Jude und nicht wenige Lithographen, Drucker und Schleifer waren als aktive Sozialdemokraten und Kommunisten bekannt.

In der Zeit des „Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrags“, den Kötschau ablehnte, entstanden auch Verbindungen zu kommunistischen Widerstandsgruppen in Leipzig und Dresden, in denen Herbert Bochow und der Maler Fritz Schulze einen wesentlichen Einfluß ausübten. Kötschau ließ den Versuch Bochows, im Sinne der Volksfrontpolitik zu unserem Kreis Kontakt zu gewinnen, scheitern. Trotz seiner Warnung folgte ich aber den Einladungen zu Aussprachen mit Kommunisten in Leipzig und Dresden. Ich bewunderte die Haltung und Bildung der Antifaschisten, die mir als einem jungen Mann von 16/17 Jahren mit einem großen Vertrauen begegneten und – im Falle der Kommunisten – ihren kämpferischen Einsatz. Über diesen informierte mich Fritz Schulze im Dresdner Atelier, das er sich mit seiner Frau Eva teilte. Zugleich schockierte er mich durch seine Absichtserklärung, er wolle sich freiwillig zur Wehrmacht melden. Auf meine verwunderte Frage antwortete er, man müsse doch schießen lernen.

Schon am oder kurz nach dem 22. Juni 1941 war die Mehrheit der mir bekannten Kommunisten verhaftet worden. Darunter auch Fritz Schulze, der sich in der Wehrmacht vor dem Zugriff der Gestapo geschützt wähnte. ... Aus meiner damaligen Sicht gewann die antifaschistische Gegnerschaft meiner Diskussionspartner leider keine politische Wirkung. Und nachdem sie der Einberufung gefolgt oder verhaftet worden waren, blieb ich vollkommen isoliert. So sah ich auch keine Möglichkeit, der Einberufung zunächst zum RAD auf die Insel Sylt, die mich kurz nach meinem 18. Geburtstag (15. 9. 1941) erreichte, nicht zu folgen.

Hier kam ich mit meiner Generation wieder in Verbindung, die ich mit dem Ausscheiden aus der HJ weitgehend verloren hatte. Ein anfängliches verbales Opponieren führte nach pazifistischen Äußerungen zur Denunziation, der scharfe Verwarnungen und Drohungen mit dem Kriegsgericht folgten. So erschien mir die Anpassung als einzige Möglichkeit, zumal ich weder Partner fand, noch eine realisierbare Alternative für erfolgreiche Gegenkräfte zu der existierenden faschistischen Macht zu erkennen vermochte, die bis an allen Fronten siegte. Mit dieser Haltung folgte ich auch der Einberufung zum 51. Luftnachrichtenregiment nach Königsberg, die mich im Frühjahr 1942 erreicht. Nach der infanteristischen und nachrichtentechnischen Ausbildung in Lettland kam ich nach Reims zu einer weiteren Ausbildung als Radarspezialist und dann zum Einsatz in „Nachtjagdstellungen“ bei Beauvais und bei Mons in Belgien. Im Frühjahr 1944 wurde meine Einheit nach Südfrankreich ins Massiv des Maures zum Aufbau einer solchen Stellung verlegt. Deren Vollendung wurde aber durch Luftangriffe und die Invasion amerikanischer und gaullistischer französischer Truppen vereitelt, die am 15. August 1944 erfolgte. Nach sinnlosen Kämpfen geriet ich im Festungsgebiet von Toulon in die Gefangenschaft der französischen Landungsarmee.

• W. B.

In LN waren in all den Jahren ihres Bestehens immer wieder Berichte über sowjetische Kriegsgefangenschaft zu lesen, ganz persönliche Schilderungen eines Umdenkens, eines Umlernens – gefördert vor allem durch die Erlebnisse des barbarischen Krieges. Von analogen Zuständen in französischen Lagern wurde bisher nur wenig veröffentlicht.

PROF. WERNER BERTHOLD,

Jahrgang 1923, namhafter Historiker und langjähriger Autor von LN, geriet als Obergefreiter im August 1944 in französische Gefangenschaft. Sie begann wie die in den Weiten der Sowjetunion mit Hunger, Ungeziefer und harter Arbeit. Auch in Frankreichs Lagern kam es in einigen Fällen zur Herrschaft korrupter Feldwebel-Cliquen über die Mannschaftsdienstgrade. Nicht zuletzt gestützt von kommunistischen Maquisards gelang es aber antifaschistischen Gefangenen, denen sich Werner Berthold als Jüngster anschloss, eine solche Clique abzulösen und eine

demokratische Ordnung anzustreben. Berthold übernahm in der neuen Lagerverwaltung die Verantwortung für eine Gefangenengesellschaft, für Information und kulturelle Tätigkeit. Dabei entstand eine enge Freundschaft mit dem Berliner Antifaschisten Kurt Friedrichs.

Mit ihm kam Werner Berthold überein, eine sogenannte „Kriegsgefangenen-Universität“ zu besuchen, um besser auf eine spätere antifaschistische Arbeit vorbereitet zu sein – zumal sie bereits im Lager den Übergang zu einem Dritten Weltkrieg befürchteten und damit rechneten, dass Gefangene in einen Krieg gegen die UdSSR einbezogen werden. Sie gingen auch davon aus, dass sich ein neues kommunistisches Maquis bilden werde. Ihm wollten sie sich anschließen – oder in die Sowjetische Besatzungszone flüchten. Diese Kapitel seiner Erinnerungen (dazu eine Einleitung zur politischen Entwicklung des Heranwachsenden – linke Spalte) geben wir gekürzt wieder.

Werner Berthold:

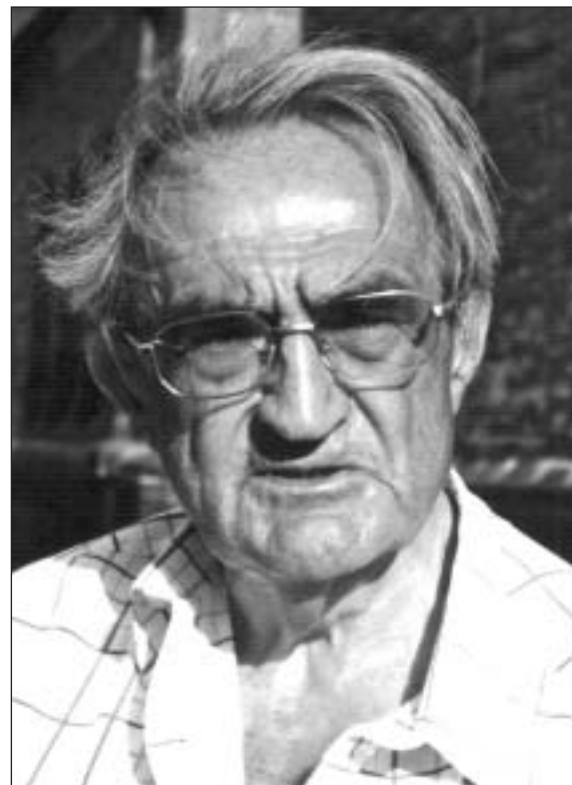
Als Antifaschist in

„Kriegsgefangenen-Universität“ St. Fons Oktober/November 1947

Im Depot St. Marthe wurden wir nur zu kurzfristigen Arbeitseinsätzen im Stadtgebiet und im Umfeld von Marseille eingesetzt. Kurt (Kurt Friedrichs – LN), der damals Ende 30 war, wurde auch bald entlassen. Zuvor berieten wir uns über folgende Möglichkeit: Wir hatten erfahren, dass in St. Fons bei Lyon eine „Kriegsgefangenen-Universität“ existiert. Die offizielle französische Bezeichnung lautete „Ecole d'Orientation Culturelle“. Wie ich später erfuhr, existierten solche „Ecoles“ auch in St. Denis und Orleans. Ihr Zweck bestand wohl vornehmlich darin, Gefangene, die dafür geeignet und bereit waren, zu „Kulturreferenten“ auszubilden. Die französische Bezeichnung lautete „Rééducateur“ (Wiedererzieher bzw. Umerzieher). Sie sollten in die französische Version der angloamerikanischen reeducation einbezogen werden.

Solche Kulturreferenten waren uns bereits als Besucher von Arbeitskommandos und im Lager von Toulon begegnet. Auch in Marseille trafen wir sie an. Nicht selten hatte sich bei ihnen ein nazistischer Antikommunismus im Zuge des kalten Krieges lediglich „demokratisiert“. Bestenfalls waren sie – wie in Toulon – sozialdemokratisch orientiert. Wie wir erfuhren, konnte sich jeder Gefangene zum Besuch eines Kurses in St. Fons bewerben. Teilweise unterzog der zuständige Officier de Renseignement – ein für die „rééducation“ zuständiger Nachrichtenoffizier, der dem Nachrichtendienst der Armee unterstand – die Bewerber einer Art Intelligenz-, Bildungs- und Gesinnungsprüfung. Wesentlich war eine antinazistische und bürgerlich-demokratische Grundhaltung. Doch auch ohne solche Prüfungen erfolgten Delegierungen.

Kurt und ich kamen zu der Auffassung, dass der erfolgreiche Besuch eines solchen Kurses große Möglichkeiten für eine antifaschistische Wirksamkeit bieten konnte. Diese Meinung vertrat auch ein Gefangener, den wir im neuen Lager kennengelernt und als Kommunisten erkannt hatten. Sein Name war Heinz Dyduch. Er war in der Schreibstube des Officier de



Prof. Werner Berthold

Renseignement tätig. Mit lebhafter Zustimmung von Kurt und Heinz bewarb ich mich. Nach einer kurzen Befragung gelangte ich mit Bewerbern aus anderen Lagern im bewachten Waggon eines Güterzuges nach St. Fons. Es war der 5. Kurs, der vom 14. Oktober bis zum 22. November 1947 anberaumt war (lt. offizieller Angabe sollen es 103 Teilnehmer gewesen sein, nach meiner Erinnerung waren es aber weniger).

Die „Kriegsgefangenen-Universität“ war in mehreren Baracken untergebracht, die sich im hinteren Teil eines „normalen“ Gefangenelagers befanden. Eine Baracke war den Lehrkräften vorbehalten, in einer weiteren fanden die Lehrveranstaltungen statt und in einer dritten wurden die Kursteilnehmer auf gefangeneneübliche Art untergebracht. Die Lehrkräfte waren deutsche Universitätsdozenten, Juristen und andere Akademiker, die als Angehörige der Wehrmacht in französische Gefangenschaft geraten waren. Auch von Professoren der Universität Lyon wurden Vorlesungen gehalten.

ten. Der deutsche Leiter war ein Jurist Namens Nerz, von dem es hieß, er wäre vor seiner Einberufung als Richter oder Staatsanwalt tätig gewesen ...

Wie in einer Universität bestand der Lehrbetrieb aus Vorlesungen und Seminaren.

Wichtige Fächer waren: Theorie und Geschichte des Staates und des Rechts, Ökonomische Theorien, Geschichte, Literaturgeschichte und Psychologie. Die Vorlesungen und Seminare hatten in der Regel ein gutes Niveau und es wurde intensiv gearbeitet. Die politische Grundorientierung war auf eine parlamentarische Republik ausgerichtet, die auf der Gewaltenteilung beruht.

Daher spielte die Staatstheorie von Montesquieu eine besondere Rolle. Ebenso wurden die Menschenrechte unter besonderer Betonung der individuellen Freiheiten und des Eigentums hervorgehoben. Obwohl der Ökonom auf den Neoliberalismus von Wilhelm Röpke eingeschworen war, trat bei ihm eine antikommunistische und antimarxistische Linie nur indirekt in Erscheinung. Das kann auch für die anderen Lehrveranstaltungen gelten. Die Totalitarismus-Theorie spielte keine Rolle. Der Psychologe kam immer wieder auf das Problem der Fehlleistungen zu sprechen, wofür er auch Äußerungen von Nerz als Beispiele anführte. Stellungnahmen zur Tagespolitik wurden vormieden. Neben der gründlichen Vor- und Nachbereitung der Vorlesungen und Seminare studierte ich vor allem marxistische Arbeiten, die sich in der Bibliothek oder in Besitz von Dozenten befanden. Darunter war auch die „Gewaltstheorie“ von Engels und das „Kommunistische Manifest“, das

ich hier zum ersten Mal in den Händen hielt und ausführlich exzerpierte. Es stammte übrigens aus einer Druckerei im sächsischen Wurzen. Wie Millionen vor, mit und nach mir wurde ich vom Inhalt, der Logik und Sprache gepackt. Weiter befasste ich mich mit dem Existenzialismus.

Ich konnte bald feststellen, dass ich der einzige unter den Kursteilnehmern war, der sich als Kommunist verstand. Unter den „normalen“ Gefangenen begegnete ich aber zwei kommunistischen Genossen, die Kontakt zu Gleichgesinnten unter den Kursteilnehmern suchten. Es waren Werner Senfklarer aus Hamburg und Kurt Günther aus Berlin. Sie billigten meine Motive für die Teilnahme am Kurs voll und ganz. Ich verdanke ihnen wichtige Hinweise und Ermutigungen. Im Kurs hielt ich mich bei aktuellen

ihre gegenwärtige Situation, ihre baldige Entlassung aus der Gefangenschaft und ihre künftige Existenz in Deutschland wie auch in Frankreich positiv oder negativ beeinflussen konnten. Das betraf auch die Überprüfung der Angebote, als „freier Arbeiter“ zeitweilig oder für immer in Frankreich zu bleiben. Andererseits war zu berücksichtigen, dass in der französischen Armee und damit auch im Nachrichtendienst, der für die „Rééducation“ zuständig war, De Gaulle und seine antikommunistische Sammelbewegung (RPF) einen großen Einfluss besaßen. Man konnte aber auch einkalkulieren, dass trotz des kalten Krieges selbst in der RPF an der Verurteilung des Nazismus festgehalten wurde und ungeachtet des Antikommunismus die Sowjetunion weiterhin als Verbündeter Frankreichs galt. Auch war nicht zu ignorieren, dass die

fangenen Auftrieb erhalten. Er war daher damit einverstanden, solche Sendungen nicht mehr ins Lager zu übertragen. Allerdings gab es auch andere Gaullisten. Der französische Leiter der Poststelle war als ein engagiertes Mitglied der RPF bekannt. Als Unteroffizier hatte er viele Jahre in Nordafrika zugebracht. Eines Tages kam er in die Kulturaracke und betrachtete eine Europakarte, die an der Wand hing. Er zeigte auf Moskau und erklärte, hierher müsse eine Atombombe fallen. ...

Nach einer Wiederholung des Vortrags über „Die moderne Malerei“ galt das erste neue Thema, das ich im Lager und auf einer Reihe von Außenkommandos behandelte, der Konferenz des Rates der Außenminister, die unter der Teilnahme Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA in London vom 25.

schließlich hier und in den Westsektoren von Berlin zur separaten Währungsreform führte, verstärkte sich das politische Interesse der Gefangenen, aber zugleich die Polarisierung ihrer Meinungen. Das umso mehr, da mit dem Jahre 1948 das Ende der Gefangenschaft abzusehen war. Ein großer Teil sympathisierte mit dem Kurs der Westmächte und der von Adenauer repräsentierten Konzeption.

In dieser Konstellation wurde es immer schwieriger, die gewählte Methode durchzuhalten, sowjetische und sowjetzonale Vorschläge und Maßnahmen indirekt zu befürworten und die ihrer Gegner in Frage zu stellen. Es gab auch Versuche, mich zu einer direkten Parteinahme zu provozieren, deren Offenbarung natürlich das Ende meiner Tätigkeit bedeutet hätte. ... Da die umfangreiche Vortrags-tätigkeit für Flammang karrierefördernd

französischer Gefangenschaft

politischen Diskussionen, die abends in den Baracken geführt wurden, zurück. Ich wollte Konfrontationen vermeiden, die mein Ziel gefährden konnten, das Prädikat und die Wirkungsmöglichkeiten eines Kulturreferenten zu gewinnen. Doch meine politische und weltanschauliche Position wurde bald erkannt. Obwohl mir nun einige Kursteilnehmer und Dozenten mit Distanz begegneten, wurde ich doch im Wesentlichen toleriert. ...

„Rééducateur“ im Département Bouches du Rhône Dezember 1947/ August 1948

Nach Rückkehr ins Depot St. Marthe wurde mir ein Arbeitsplatz in der „Kulturaracke“ zugewiesen. In ihr waren der Rééducateur en Chef und zwei Redakteure der Kriegsgefangenenzeitung für den Depot-Bereich untergebracht. Sie arbeiteten und wohnten hier. Ich musste mir aber eine Schlafgelegenheit in einer Lagerbaracke suchen. Der leitende Kulturreferent bzw. Rééducateur en Chef hieß De Sombrière. Vermutlich stammte er von französischen Hugenotten ab, die nach der Aufhebung des Toleranzedikts von Nantes durch Louis XIV. nach Deutschland ausgewandert waren. Und mutmaßlich hatten ihn die zuständigen Franzosen vornehmlich auf Grund seines französischen Namens eingesetzt. Denn er tat fast nichts. Dem entsprach ein großes Defizit im autodidaktischen Streben nach Wissen und Bildung. Er konnte aber nichts dagegen haben, dass ich mich auf die verfügbaren Zeitungen stürzte, im Lager sowie auf verschiedenen Außenkommandos Vorträge hielt und die Lagerkapelle als Conférencier begleitete. Als ich Anfang 1948 von einer solchen Vortragstour zurückkam, erfuhr ich zu meiner Überraschung, dass De Sombrière seines Postens enthoben worden war, auf ein Außenkommando strafversetzt werden sollte und dass ich für seine bisherige Funktion vorgesehen sei. ... Ich hatte nicht nach seiner Funktion gestrebt. Doch mit ihrer Übernahme gewann ich erweiterte Wirkungsmöglichkeiten. Ich begann sofort, die Vortragstätigkeit zu intensivieren und auf alle Kommandos auszudehnen. Bei der Themenwahl konnte davon ausgegangen werden, dass bei meinen Mitgefangenen alle politischen Ereignisse und Entwicklungen von Interesse waren, die



1946/47 mit Kriegsgefangenen und französischen Landarbeitern – östlich von Toulon (Werner Berthold 2. v. l.)

Fotos: privat

Kommunisten, die „Partei der Füsilierten“ (PCF) immer noch großen Einfluss besaß.

Diese widerspruchsvollen Komponenten waren auch für die Haltung des Officiers de Renseignement bestimmend. Er war ein Elsässer namens Flammang und sozusagen mein Chef. Wenn ich ein Außenkommando aufsuchen wollte, war für mich und einen marokkanischen Solda-

November bis zum 15. Dezember 1947 zum deutschen und österreichischen Problem stattgefunden hatte. Die Methode konnte unter Berücksichtigung der charakterisierten Situation nur „objektivistisch“ sein. Dabei versuchte ich, die Vorschläge der UdSSR so zu plazieren, dass sie – gemäß meiner Überzeugung – als die günstigste Variante für Deutschland erschienen. In den Aussprachen, die in

wirkte, holte er sogar die Genehmigung für postenfreie Kommandobesuche ein. In der Überzeugung, dass ich nun noch intensiver kontrolliert werde, hielt ich mich weiterhin an die gebotenen Verhaltensnormen. So verzichtete ich auch auf einen Besuch des Büros der PCF in Marseille. Zudem war ich mir nicht sicher, wie man dort auf den völlig unerwarteten Besuch eines Kriegsgefangenen reagieren würde, die im „Rouge Midi“, dem Zentralorgan der PCF, immer noch keine gute Presse hatten.

Ich nutzte aber die gewonnene Bewegungsfreiheit auch, mich im Zusammenhang mit meinen Vortragsreisen mit Marseille, Aix, das damals durch eine Straßenbahn mit Marseille verbunden war, mit Arles und der überwältigenden Landschaft der Provence vertraut zu machen. Vieles erinnerte an die Motive von van Gogh, Cézanne, Pissaro.

August 1948 – Entlassung aus vierjähriger Gefangenschaft

Es bestand die Möglichkeit zu wählen, in welche Zone man entlassen werden wollte. Da meine verwitwete Mutter in Leipzig wohnte sowie auf Grund der politischen Überzeugung, die ich gewonnen hatte, wählte ich natürlich die SBZ. Ich hatte zudem in Leipzig Freunde, war hier verwurzelt und sah auch die besten Möglichkeiten für Bildung und Berufe, die mir ermöglichten, im Sinne meiner Überzeugungen zu wirken.

So kam ich über die Lager in Sarre und Eisenach wieder nach Leipzig. In Bebra, der letzten Station vor der SBZ, kamen Zivilisten auf den Bahnsteig, die uns bewegen wollten, doch in den Westzonen zu bleiben. Es war jedoch nicht zu erkennen, dass sie Erfolg hatten, denn jeder hatte schon in Frankreich seine Entscheidung getroffen.

Schon bei der Abreise aus Sarre hatte ich aber einen Brief an Flammang aufgegeben, in dem ich ihm die Gesinnung offenbarte, die meine Tätigkeit als Kulturreferent bestimmt hatte. Ich versicherte ihm, dass meine kommunistische Überzeugung das Bestreben einschloss, für die gemeinsamen Interessen des deutschen und des französischen Volkes zu wirken und dass ich ihn als Menschen ungeachtet seines von mir abgelehnten Gaullismus schätzen gelernt habe. Dies schien ich ihm schuldig zu sein.

„Der geplante Tod“

... heißt das sensationelle Buch von James Bacque, längst ein (auch von LN vorgestelltes) Standardwerk über deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern. Bacque geht darin auch dem Grund nach, warum trotz aller möglichen Zählergebnisse ausgerechnet die Zahl der Todesfälle verborgen oder verschleiert wird. Seine Schlussfolgerung: Es müssen so viele gewesen sein, dass ihre Zahl einfach verborgen werden musste. Als gesicherte Eckdaten gelten, dass in französischen Lagern von 1945 bis 1948 zwischen 314 241 und nicht weniger als 167 000 Gefangene verstarben.

ten, der mich als Wächter zu begleiten hatte, eine Art Marschbefehl von ihm einzuholen. Im gaullistischen Sinne war er antikommunistisch, aber zugleich antinazistisch orientiert. Als im Laufe des Jahres 1948 die antikommunistischen und -sowjetischen Kommentare in westdeutschen Sendern, die in der Kulturaracke empfangen und auf das Lager ausgestrahlt werden konnten, zunahmen, war Flammang davon zu überzeugen, dass dadurch nur die nazistischen Ge-

kleinen Kreisen nach den Vorträgen stattfanden, äußerte ich dann meine Meinung deutlicher. Auch bei folgenden Vorträgen wandte ich die gleiche Methode an. Mit der dramatischen Entwicklung im Jahre 1948, die mit der vollen Entfaltung des Kalten Krieges und dem Kurs der Westmächte auf die Bildung eines westdeutschen Separatstaates (Londoner Empfehlungen) zum Anschluss der französischen Besatzungszone an die schon Ende 1946 entstandene Bizone und

Sollen die bestimmenden Merkmale der ersten Aufführungen von Beethovens „Neunter“ unter Riccardo Chaillys Leitung im Gewandhaus genannt werden, sind es die Suggestivkraft des Dirigenten, der kultivierte Klang und die klare Stimmführung. Was im Konzertsaal an seiner beredten Gestik zu spüren war, konnte Silvester im MDR-Fernsehen auch an seinen herausfordernden und sogleich auch wieder anerkennenden Blicken erlebt werden. Selbst aus der anfangs erst aufkeimenden Motivik formt er jene rhythmische Energie, die sich im ersten Thema entlädt.

Von **WERNER WOLF**

Schon hier zeichnete sich die Gestaltung durch die klare Stimmführung aus, die den öfters im Gesamtklang verborgen bleibenden Reichtum offenbarte. Das wurde besonders im rhythmisch bewegten Scherzo deutlich, aber auch im Adagio und natürlich im großen Chorfinale. Das bliebe aber Spielerei, wenn es nicht zur Verdichtung des musikalischen Ausdrucks führen würde, wie Chailly das herausfordert. Im Finalsatz entfesselt der Operndirigent Chailly mit dem Gewandhausorchester, den Gewandhauschören, dem Opernchor, den Solisten Anne Schwanewilms, Petra Lang, Steve Davislim und Robert Holl die ungeheure Dramatik, kostet nicht weniger die lyrischen Ruhepunkte aus und erreicht bis zum jubelierenden Schluss immer weiter gehende Steigerungen. Am Neujahrsabend konnten die Leipziger mit dem Rundfunkchor und Sinfonieorchester sowie den Solisten Laura Aikin, Cosmin Ifrim, Roman Trekel im ausverkauften Gewandhaus eines der erfolgreichsten Werke ganz anderer Art aus dem 20. Jahrhundert erleben: Carl Orffs „Carmina burana“. Fabio Luisi drängte auf zügige Tempi und rhythmische Vehemenz, ließ die Schlagzeuger donnern buchstäblich was das Zeug hielt. Der wie immer phänomenale Chor durfte wie bei Albert

Chaillys erste Leipziger „Neunte“ – Luisis „Carmina burana“ und „Elias“

Lortzings Bürgermeister van Bett aus vollem Halse schreien. In der noch immer faszinierenden Aufnahme unter Herbert Kegel klingt es dagegen kultivierter und deshalb keineswegs langweilig.

Auch eine Woche später in der Aufführung des „Elias“ von Felix Mendelssohn Bartholdy im 4. Matineekonzert des Rundfunks drängte Fabio Luisi mit dem Chor, Orchester und den Solisten Jan-Hendrik Rootering als Elias, Christiana Oelze, Katharina Kammerloher und Christian Elsner auf Tempo. Hier aber ging er viel differenzierender zu Werke. Dennoch hätte etwas mehr innere Ruhe einigen Chorstücken gut getan. Doch die Konzentration der Aufführung bewegte insgesamt nachhaltig. Wer am Neujahrstag nicht auf die deftigen Texte des Orff-Stückes eingestellt war, konnte nachmittags in der Thomaskirche die Kantaten 4-6 des Bachschen Weihnachtssoratoriums mit Bach Consort Leipzig erleben.

Die Solisten Adelheid Vogel, Susanne Krumbiegel, Daniel Sans und Gotthold Schwarz sangen auch im aus zwölf Sängern bestehenden Chor. Es war schon eindrucksvoll, welche Ausstrahlungskraft und Klangkultur die zwölf Sänger, zehn Streicher, acht Bläser, der Pauker und der Organist unter Gotthold Schwarz' souveräner Leitung erreichten.

Unter den zahlreichen Vorweihnachtskonzerten sei das des Neuen Bachischen Collegium musicum mit Werken italienischer Meister und Bachs ausgewählt. Das jetzt von Albrecht Winter geleitete verjüngte Collegium beeindruckt mit seiner der historischen Aufführungspraxis entsprechenden frischen Spielweise unmittelbar. Manche schnellen Sätze geht er allerdings auf Kosten der Klangqualität ziemlich forsch an. Gábor Boldocki glänzte als Solist des Trompetenkonzertes D-Dur von Giuseppe Tartini. Im Bachschen Konzert für zwei Violinen d-Moll zeichnete sich Albrecht Winter neben dem noch immer großartig musizierenden Karl Suske als Solist aus. Sein 110-jähriges Bestehen feierte das Gewandhaus-Bläserquintett in der Besetzung mit Katalin Stefula (Flöte), Uwe Kleinsorge (Oboe), Thomas Ziesch (Klarinette), Albert Kegel (Fagott) und Rolf Götz (Horn) in Gemeinschaft mit dem Pianisten Peter Rösel. Es ist inzwischen die fünfte Generation, die seit der 1896 mit Unterstützung Arthur Nikischs erfolgten Gründung des Ensembles durch den legendären Alfred Gleißberg in dieser Formation musiziert. Mit Werken von Franz Danzi, August Klughardt, Francis Poulenc und dem wahrhaft einzigartigen Quintett von Mozart musizierten sie auf der Höhe dieser großen Tradition.

Man
möchte den Regisseur
Andreas Dresen umarmen:
„SOMMER UNTERM BALKON“
ist ein mitunter zum Heulen
schöner Film.
Erscheinen Pflicht !
(ausführlich in LN '2)



Eine Beziehung der besonderen Art: Adam und Evelyn (Jörg Malchow und Julia Berke).

Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

Ohne Tiefgang

Der Dampfer des Zeitgeistes hat mal wieder im Leipziger Schauspielhaus angelegt: Neil LaBute. Der US-amerikanische Dramatiker und Mormone scheint seine Fans zu haben. Völlig zu Unrecht. Zwar ist „Das Maß der Dinge“ nicht so esoterisch und pseudo-religiös aufgeladen wie andere Stücke von ihm (z. B.: „Bash – Stücke der letzten Tage“, Neue Szene, 2002), doch kommt es über eine verklemmte Teenager-Klamotte nicht hinaus. Pathos und Klischee inklusive. Tiefgang: Fehlanzeige. Eine Kunststudentin, Evelyn, möchte in einem Museum einer Statue einen Graffiti-Penis aufsprühen, weil es ihr um die Wahrhaftigkeit der Kunst geht, schließlich haben prüde Besucher das Original mit einem Blätterbüschel aus Gips verdecken lassen. Adam, der Museumswärter, ein junger Mann, verliebt sich in Evelyn. Sie bringt ihn dazu, dass er

sich um Aussehen, sprich Klamotten, Körper und Haarschnitt kümmert. Ein befreundetes Pärchen registriert erstaunt die Veränderungen. Amouröse Verwicklungen nehmen ihren Lauf. Und mit einem originalen, amerikanischen Showdown wird das künstlerische Experiment offenbart, dass hinter den Veränderungen des bieder Adams steckt.

Regisseur Thorsten Duit bringt das Mittelmaß handwerklich nicht ungeschickt auf die Bühne. Julia Berke als Evelyn und Jörg Malchow als Adam: ein ungleiches Paar, aber lustvoll gespielt. Anja Schneider und Stefan Kaminsky – das befreundete Pärchen – sind reichlich unterfordert, was durchaus am Text liegt. Gut, dass Dramaturgin Carmen Wolf-ram einen interpretierenden Essay im Programmheft unterbrachte.

• D. M.

Man bot Ihr eine Million und Romy Schneider lehnte ab. Für einen vierten „Sissi“ Film stand sie 1958 nicht mehr zur Verfügung. Die Presse höhnte damals: Dieser Teil könne vielleicht „Wechseljahre einer Kaiserin“ heißen.

Von **MICHAEL ZOCK**

In ihr Tagebuch schrieb die damals 20-jährige: „Ich muss mich stärker wehren, wenn mir etwas nicht passt.“ Es ist Spekulation, aber ich glaube Romy Schneider wäre 2005 nicht zu der ARD-Peinlichkeit erschienen, die sich im Showformat zu Weihnachten dem 50. Jahrestag der Erstauflage des Kaiserschmarrens annahm.

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Sissi und John F. Kennedy

Der sensible Karl-Heinz Böhm tat es. Leider! Was bei dem 90-Minuten-Bühnen-Geplänkel unter den Tisch fiel: Dass hier ein Traumfabrikat hochbejubelt wurde, welches anno 1955 maßgeblich dazu beitrug, dass Millionen Kino-Zuschauer in der BRD weder Lust, geschweige denn die Möglichkeit hatten, sich im Kino auseinanderzusetzen, was nur zehn Jahre zuvor mit Millionen Toten zu Buche schlug. Nein, da himmelte man

neben der gewiss schönen Romy gleich noch die weniger schöne und untergegangene Donaunarchie an. So konnte mittels Pomp und Kitsch Hitler gleich mit übersehen werden. Übrigens auch den Fakt, dass Sissis Muttergatte Franz Joseph I. im ersten Weltkrieg nicht die rühmlichste politische Rolle gespielt hatte. Leider wurden erneut Millionen Zuschauer durch die Wiederaufführung aller drei Teile an den Weihnachtstagen

geschichtlich verblödet.

Elisabeth Amalie Eugenie (Sissi) aus dem Hause Wittelsbach starb übrigens 1898 durch ein Messer-Attentat des Italieners Luccheni.

John Fitzgerald aus dem Hause Kennedy töteten 1963 mehrere Schüsse. Der Mord in Texas galt und gilt als Jahrhundertverbrechen und geschah in einer Zeit, als die Menschheit am atomaren Abgrund stand. Die Nachgeborenen wissen nicht mehr allzuviel darüber. Das bewies kürzlich ein durchaus nicht ungebildeter junger Mann, der beim Millionär Jauch arge Nöte hatte, Ruby und Oswald einzuordnen. Ungezählte Bücher und ein überlanger Spielfilm „JFK“ sind inzwischen auf dem Markt. Jetzt wollte die ARD die Weltgeschichte neu

schreiben. „Rendezvous mit dem Tod“ hieß die kostenintensive Dokumentation (850 000 EURO) von Wilfried Huismann. Wer sich zuvor in das Thema nicht eingeleesen hatte, war bald rettungslos verloren in den durchaus spannenden 90 Minuten, denen trotzdem die letzte Beweiskraft an Castros Mittun fehlte. Ich zitiere den Journalisten Christian Heermann aus seiner Recherche *Kein Anruf aus Sing Sing* (1974 im Verlag DAS NEUE BERLIN erschienen): „Nach dem Mord zog Präsident Johnson alle Register um den Fall zu verschleiern. Er hatte direkten Einfluss auf das FBI.“ Wir werden wohl doch bis 2029 warten müssen, denn erst dann werden die Kennedy-Akten durch die US-Behörden freigegeben.

Den Dokumenten aus den letzten Lebensjahren von Max Hoelz sind eine 44-seitige biografische Skizze, verfasst von der Herausgeberin, vorangestellt, wobei sie den Jahren 1929 bis 1933 in Moskau den größten Raum widmet. Ergänzt wird sie durch eine Übersicht über die bisherige Literatur zu seiner Person. Eine Reihe Dokumente aus der Zeit ab 1922 und weitere Anlagen vermitteln profunde Hintergrund-Kenntnisse über Hoelz und machen sein Tun und Lassen in diesen Jahren verständlicher. Für den legendären Rebellen der revolutionären Nachkriegsjahre, dessen stark emotional geprägtes Handeln sich aus den Zeitumständen und persönlichen Lebenserfahrungen erklärt

Max Hoelz – konfliktreiche Moskauer Jahre

und der 1921 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, war die Sowjetunion, in die er sich nach seiner Entlassung aus siebenjähriger Haft begibt, der Inbegriff einer von Zwang und Ausbeutung freien Welt. Gerade vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in Europa und Nordamerika überwältigen ihn die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte in dem ehemals rückständigen Land. Auch die in diesen Jahren zunehmenden Fehler in der politischen Führung des Landes, die Entdemo-

kratisierung, Willkür und Repressalien können seinen Glauben und seine Zuversicht nicht erschüttern. Auch die GPU sieht er nur als Ordnungsmacht. Und er engagiert sich vielfältig beim sozialistischen Aufbau, er studiert an der Lenin-Schule der Kommunistischen Internationale, und er studiert das Leben in vielen Orten und Betrieben des Landes, stößt dabei auf viele Missstände und äußert sich kritisch dazu – ohne die Probleme als grundsätzliche politische Verwerfungen zu

erkennen.

Die Konflikte mit seiner Partei, der KPD, sowie sowjetischen Behörden und Persönlichkeiten ergeben sich vielmehr aus seinen persönlichen Befindlichkeiten und seinem Parteiverständnis, das die oft vernachlässigte Beachtung der Psyche des Einzelnen einschließt.

Die Tagebuchnotizen und Briefe veranschaulichen sowohl seine enthusiastische und engagierte Teilnahme am sozialistischen Aufbau als auch sein Gefühl zunehmender Isolierung,

Diskreditierung und Behinderung.

Was auch immer die Ursache seines Todes im September 1933 war – GPU-Mord, Herzschwäche oder Freitod – er wurde ein „Opfer der gerade seit 1929 schnell fortschreitenden Stalinisierung, des ... praktizierten Parteikommunismus, der ... den einzelnen Menschen, auch die Persönlichkeit eines Kommunisten, der vermeintlich revolutionären ‚Sache‘ opferte“.

• GÜNTER LIPPOLD

Ulla Plener (Hrsg.): *Max Hoelz: „Ich grüße und küsse Dich – Rot Front“. Tagebücher und Briefe, Moskau 1929 bis 1933.* (Rosa-Luxemburg-Stiftung / Texte, Bd. 20)

Es ist eine ungewöhnliche Biographie – Streiflichter, Episoden eines reichen und bewegten Lebens, die dem Leser dennoch einen Gesamteindruck von der persönlichen Entwicklung wie der Gedanken, Erfahrungen- und Gefühlswelt der „grande dame“ der neueren sozialdemokratischen Geschichtsschreibung geben.

Susanne Miller, geb. Strasser, kam aus einem wohlhabenden jüdischen Elternhaus, das ihr eine vorzügliche humanistische Bildung ermöglichte. Über die kantianische Moral und Sozialphilosophie Leonard Nelsons und die Mitgliedschaft im Internationalen Sozialistischen Kampfbund ging ihr Weg zur Arbeiterbewegung. Ihr aktiver Antifaschismus brachte sie in

„Ich habe immer versucht, einen sinnvollen Beitrag zu leisten“

den langen Jahren der englischen Emigration in enge Verbindung zu Willi Eichler, ihrem späteren langjährigen Lebenspartner. Mit der Rückkehr nach Deutschland trat sie im April 1946 in Köln in die SPD ein, die ihr zur politischen Heimat wurde. Sie engagierte sich in der Frauen- und Bildungsarbeit, war zugleich durch die Partnerschaft mit Willi Eichler eng vertraut mit den Diskussionen um das Godesberger Parteiprogramm, über die sie in ihren Erinnerungen interessante

Details zu berichten weiß.

Zwei bemerkenswerte Aspekte der Lebenserinnerungen seien noch hervorgehoben. Einmal die umfassende Wirksamkeit als Historikerin der Arbeiterbewegung, die mit ihrer Promotionsschrift 1963 „Das Problem der Freiheit im Sozialismus“ begann. Sie führte sie zunächst in die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus, dann von 1982 bis 1989 an die Spitze der Historischen Kommission des Parteivorstands der SPD. Zum anderen ihr Engage-

ment in der Grundwertekommission der SPD, deren „spektakulärste Tat das aus den gemeinsamen Diskussionen mit DDR-Wissenschaftlern hervorgegangene „SPD-SED-Papier“ war. Leider werden hier nur kurze, wohl auch stark politisch motivierte Aussagen getroffen. Der interessierte Leser hätte zweifellos gern noch mehr über die Zusammenarbeit mit DDR-Historikern erfahren, die letzte Zusammenkunft in Berlin Ende Mai 1989 findet keine Erwähnung. Schade, dass Susanne

Miller kein Wort über ihr von allen Seiten gewürdigtes Engagement im Rahmen der Linzer Konferenzen zur Geschichte der Arbeiterbewegung verliert, die für die Zeit bis 1989/90 ein wichtiges Forum des Meinungsstreits zwischen den Historikern der verschiedenen Machtblöcke darstellten. Dessen ungeachtet – es sind Lebenserinnerungen, die allen an der Geschichte der Arbeiterbewegung Interessierten wärmstens zum Lesen empfohlen sein sollen.

• JUTTA SEIDEL

Susanne Miller: „So würde ich noch einmal leben“ – *Erinnerungen. Aufgezeichnet und eingeleitet von Antje Dertinger.* Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn 2005. 216 S., 14,80 Euro

Historische Kalenderblätter für Frauen

Das Medium Kalender sei eine Erfindung von Frauen, sagen selbstbewusst die Redakteurinnen des neuen historischen Wochenkalenders „Politeia – Frauenporträts der deutschen Nachkriegsgeschichte“ Silke Dombrowsky und Uta C. Schmidt vom Lehrgebiet Frauengeschichte der Universität Bonn. Denn: „In Laussel im heutigen Frankreich wurde ein Relief mit drei Frauenfiguren gefunden. Es wird auf 21.000 Jahre vor unserer Zeitrechnung datiert. Die zentrale Figur hält in ihrer rechten Hand ein Horn mit 13 senkrechten Einkerbungen. Dieses ‚Mondhorn‘, das die 13 Monde (Monate) des Sonnenjahres anzeigt, ist der älteste uns bekannte Hinweis auf Formen der Zeitrechnung. Das ‚Mondhorn‘ der Frau von Laussel zeugt von einem historischen Bewusstsein und einem Selbst-Bewusstsein unserer Vorfahrinnen.“

Zum achten Mal erscheint 2006 der von POLITEIA-Projektleiterin Marianne Hochgeschurz ins Leben gerufene Wochenkalender mit 52 Frauenporträts. Ohne Ressentiments werden mutige Frauen quer durch Deutschland porträtiert, die auf vielfältige Weise in ihrer Zeit Spuren hinterlassen haben. Die Fotografin Sybille Bergemann ist darunter und die Unternehmerin Aenne Burda, die

Sportlerin Birgit Fischer, die Politikerin Lotte Ulbricht. Ein spannendes Medium für Frauenbewegte! Tiefer hinein in die Jahrtausende alte Frauengeschichte geht der Monatskalender 2006 „POLITEIA – Ursprünge Matri Arche“ von Marianne Hochgeschurz. Zwölf Frauen der Ur- und Frühgeschichte und ihre matriarchalen Schwestern werden erstmals in einem Kalender in großformatigen Bildern und ausführlichen Texten als die Schöpferinnen menschlicher Kulturen beschrieben. Im Kalenderblatt zu sehen sind auch die berühmte üppige „Frau von Willendorf“ – eine Kalksteinstatuette aus dem Naturhistorischen Museum in Wien oder das irakische Terakotta-Relief von „Lilith“ und ihren Schwestern, das sich heute im Britischen Museum in London befindet.

• JUTTA DONAT

POLITEIA – *Frauenporträts aus der deutschen Nachkriegsgeschichte. Wochenkalender 2006. 56 Blatt, 22 x 40 cm, Spiralbindung, 20 Euro*

POLITEIA – *Ursprünge Matri Arche. Monatskalender 2006. 26 Blatt, vierfarbig, 30 x 40 cm (DIN-A-3), Spiralbindung, 22 Euro*

Beide Kalender entstanden am Lehrgebiet Frauengeschichte der Universität Bonn und sind zu bestellen bei: Marianne Hochgeschurz, Fasanenstraße 4, 53343 Wachtberg, Fax: 0228/95 16 466



Lotte Ulbricht

Die Lieblingserfindung

Henrietta Thompson, Londoner Kolumnistin und Designexpertin, die die Handy-Story von 1940 bis heute nachzeichnete, schlussfolgert: Auch wenn das kleine Technik-wunder im Hosen-taschenformat in je-dem Land der Erde anders genannt wird, die Handy-Manie ist doch überall die gleiche. 500 Milliarden SMS-Nachrichten wurden 2004 weltweit verschickt, 2005 werden es fast dreimal soviel sein. Noch immer ist der Wirtschaftsriese Handy auf der Überholspur. Wie es überhaupt zum Siegeszug des funktionsreichen Gerätes kam, das von rund 1,3 Milliarden Menschen genutzt wird, ist nur ein Aspekt über den die Autorin berichtet. Die Geschichte der mobilen Telefonie beginnt mit dem drei Kilo schweren „Motorola Handy-Talkie“.

Die Autorin stellt Kultgeräte und Kuriositäten von Handys vor und erklärt, warum einige Modelle zu Bestsellern wurden, während andere scheiterten. Dabei ist Henrietta Thompson immer unterhaltsam, analysiert Handy-Kultur, Technologie wie Design.

Auch über die Hersteller der Handys, von Nokia, Sony Ericsson, Samsung, Motorola und Siemens wird berichtet.

Das erste Buch über das Handy im Mini-Format, von 500 Abbildungen illustriert und durch Glossar, Wörterbuch und Online-Quellen ergänzt, bleibt keine Auskunft schuldig.

• K.-H. WALLOCH

Henrietta Thompson: *Hero Handy – Die beste Erfindung der Welt* Verlag Murmann, Hamburg 2005. 288 S., 19,50 Euro

KALENDERBLATT

Vor 120 Jahren geboren

Rosa Menzer

Rosa Menzer, Kind einer zwölfköpfigen Familie, wurde am 4. Januar 1886 in Plungjany (Litauen) geboren. Der jüdische Vater war Handwerker, dessen Kinder in großer sozialer Not aufwuchsen.

Auf der Suche nach einer Lebensperspektive kam Rosa Menzer 1910 nach Deutschland, wo Dresden ihre Wahlheimat wurde. Als Schneiderin beruflich tätig, besuchte sie abends die Kurse des Arbeiterbildungsvereins. Sie heiratete einen ihrer Lehrer, den Schriftsteller und Bildhauer Max Menzer. 1912 trat sie der SPD bei. Später wurde sie Mitglied der USPD und nach der Gründung der KPD schloss sie sich ihr an.

In ihrem Wohngebiet in Dresden-Sriesen leitete sie den Roten Frauen- und Mädchenbund und die Gruppe der Internationalen Arbeiterhilfe. 1924 verstarb ihr Mann, wodurch sie als Mutter zweier Töchter in große materielle Not geriet.

Im November 1933 wurde ihre sechzehnjährige Tochter wegen ihrer Tätigkeit für den Kommunistischen Jugendverband zehn Monate lang in Haft genommen. Rosa Menzer, illegal für die KPD wirkend, wurde 1934 zu einhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Nach ihrer Entlassung aus dem Zuchthaus Waldheim stand sie ständig unter Polizeiaufsicht. Dennoch gelang es ihr, ihre illegale Widerstandsarbeit fortzusetzen. 1939 wurde sie erneut verhaftet und in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück eingeliefert. Hier gab sie durch ihre Standhaftigkeit vielen ihrer Gefährtinnen Kraft, den Unmenschlichkeiten der Haft zu widerstehen.

Im März 1942 wurde Rosa Menzer als Jüdin einem Transport in das Vernichtungslager Auschwitz zugeteilt. Es war die Reise in ihren Tod. • **KURT SCHNEIDER**

Vor 100 Jahren geboren

Franziska Kessel

Wir wissen nur wenig über die am 6. Januar 1906 in Köln geborene junge Frau, die wegen ihres Widerstandes gegen die faschistische Diktatur Gestapomisshandlungen ausgesetzt war, an deren Folgen sie am 23. April 1934 im Zuchthaus Mainz verstarb.

Von Beruf Verkäuferin, hatte sie sich 1926 dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund angeschlossen. 1928 trat sie der KPD bei und wurde eine qualifizierte Propagandistin. Im Sommer 1930 verurteilte sie das Reichsgericht zu einem Jahr Festung. Nach der Entlassung wirkte sie als Leiterin der Frauenabteilung bei der Bezirksleitung Hessen-Frankfurt der KPD. 1932 wurde sie in den Reichstag gewählt.

Als Instrukturin half sie, ihre Partei auf die Illegalität umzustellen. Am 4. April 1933 verhaftet, wurde sie zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Eine Straße in Frankfurt/Main trägt ihren Namen. • **K. SCH.**

Auf anderer Traditionslinie

Vor fünfzig Jahren beschloss die DDR-Volkskammer das Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee



Soldaten des Wachregiments Friedrich Engels vor der Neuen Wache in Berlin

Am 18. Januar 1956 beschloss die Volkskammer der DDR das Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Es beinhaltete den Aufbau einer zahlenmäßig begrenzten Armee – Sollstärke 120 000 Mann, bald darauf festgelegt auf 90 000 Mann – als Freiwilligenarmee in Gestalt von Land-, Luft- und Seestreitkräften. Als Aufgabe der NVA galt der militärische Schutz der DDR und ihres sozialistischen Aufbaus sowie zur Sicherung der sozialistischen Staatengemeinschaft beizutragen. Willi Stoph, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, wurde zum Minister für Nationale Verteidigung berufen.

Generell war dieser Beschluss dem Kalten Krieg geschuldet. Den Volkskammerappell „Deutsche an einen Tisch!“ ignorierend, hatte der Bundestag der BRD bereits am 15. Februar 1951 das Gesetz über den Bundesgrenzschutz als einer militärischen Truppe beschlossen.

Intensiv wurden Remilitarisierung und Wiederbewaffnung Westdeutschlands vorangetrieben. Dieser Kurs wurde nach der NATO-Eingliederung im April 1955 noch bedeutend forciert.

Die ersten Lehrkompanien für die westdeutschen Streitkräfte hatten am 2. Januar 1956 ihren Dienst aufgenommen in Andernach für das Heer, in Nörvenich (Kreis Düren) für die Luftwaffe und in Wilhelmshaven für die Marine.

Damit hatte die nationale Spaltung eine neue Qualität erreicht. In Ablehnung der mit der einstigen Wehrmacht verbundenen Traditionen wurde in der Nationalen Volksarmee eine neue Traditionslinie aufgebaut. Zu den Traditionen gehörten der Große Deutsche Bauernkrieg 1525, der nationale Befreiungskampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft 1807–1815, die Aktionen des jungen Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 in Deutschland, das mutige Auftreten der deutschen Linken

gegen Imperialismus und Militarismus, gipfelnd im Aufstand der Kieler Matrosen, und der antifaschistische Widerstandskampf.

Die Bundeswehr sah und sieht sich als Nachfolgerin bisheriger deutscher Streitkräfte, das heißt der Armee des Hohenzollernreiches, der Reichswehr und der

Wehrmacht, mit der der Zweite Weltkrieg entfesselt wurde. Neu war, dass die Soldaten nunmehr als Staatsbürger in Uniform in einer demokratischen Armee galten.

Fest eingebunden in die beiden entgegengesetzten Militärsysteme NATO und Warschauer Vertrags-Organisation standen sich Bundeswehr und NVA jahrzehntelang an der Trennlinie beider Gesellschaftssysteme mitten in Deutschland hoch bewaffnet gegenüber. Die Nationale Volksarmee hat niemals an Kriegen oder anderen aggressiven Aktionen teilgenommen. Nach der sogenannten deutschen Wiedervereinigung wurde die NVA wie die Armee einer fremden Macht aufgelöst und behandelt. In der Folgezeit begann die Teilnahme der Bundeswehr an Kriegen und Auslandseinsätzen, beispielsweise im früheren Jugoslawien, in Afghanistan und am Horn von Afrika.

Sinnigerweise erhalten die Bundeswehrangehörigen aus den neuen Bundesländern mehr als 15 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer niedrigere Bezüge als die aus den alten.

• **WINFRIED STEFFEN**



Übung an 122 mm schweren Feldhaubitzen

Was sich hinter LEIPZIGER STRAßENNAMEN verbirgt (37)

In Leipzig ist es seit eh und je usus, dass Persönlichkeiten erst ein Jahr nach ihrem Tod mit einem Straßennamen geehrt werden. Als der Leipziger Wissenschaftler Professor Wilhelm Wundt am 31. August 1920 in Großbothen die Augen schloss, wurde ihm bereits 50 Tage später ein Straßennamen gewidmet. Wilhelm Wundt wurde am 16. August 1832 als Sohn eines Pfarrers in Neckarau bei Mannheim geboren. Nachdem er das Gymnasium in Heidelberg mehr schlecht als recht abgeschlossen hatte, begann er 1851 in Tübingen ein Medizinstudium, das er in Heidelberg fortsetzte. Hier fand er Interesse an neuroanatomischen und neurophysiologischen Problemen. Nach dem Besuch von Vorlesungen des Chemikers Bunsen kam er auf den Gedanken, dass es auch gelingen müsste, in der Physiologie mit Hilfe des strengen Experi-

ments weiterzukommen. Er promovierte zum Thema „Über das Verhalten der Nerven in entzündeten und degenerierten Organen“. Siebzehn Jahre bleibt er an der Universität Heidelberg, davon sechs als Assistent von Hermann von Helmholtz. Wäh-

rend dessen Weg von der Physiologie zur Physik führte, ging Wundt den Weg zur Psychologie. 1862 erschienen unter dem Titel „Beiträge zur Theorie der Sinneswahrnehmung“ mehrere Aufsätze und bereits 1863 sein kühnes Buch „Vorlesungen über die Menschen- und Tierseele“. 1864 wurde Wundt außerordentlicher Professor für Anthropologie und medizinische Psychologie in Heidelberg. In den zehn Jahren in dieser Funktion entwickelte er sich endgültig

Wundtstraße

zum Psychologen, was er mit dem Buch „Grundzüge der physiologischen Psychologie“ belegte. Damit aber wurde er an seiner Universität quasi heimatlos, denn nirgendwo in Deutschland gab es einen Lehrstuhl für Psychologie. So ging

errichtete Laboratorium für experimentelle Psychologie und sein Seminar für experimentelle Psychologie gelten als der Geburtsort der Psychologie in der Welt und Wilhelm Wundt als deren Vater. Sie waren die Grundlage dafür, dass sich in den folgenden Jahrzehnten Hunderte Studierenden und Doktoranden, zunehmend auch aus dem Ausland, jene Kenntnisse aneignen konnten, mit denen sie dann in aller Welt begannen, nach dem Leipziger Vorbild Einrichtungen für Experimentalpsychologie zu gründen.

Wilhelm Wundt wohnte in der Schwägerichenstraße / Ecke Haydnstraße. Er war 1889/90 Rektor der Universität und wurde 1902 Ehrenbürger der Stadt Leipzig. 1917 ging er 85jährig in den Ruhestand, den er in seinem Haus in Großbothen verbrachte.

• **DIETER KÜRSCHNER**



Von
**KLAUS
HUHN**

Vor Jahr und Tag saßen wir in gemütlicher Runde im Restaurant unter der legendären Holmenkollenschanze beisammen und hatten unseren Spaß. Der Norweger Birger Ruud war dabei und der Schwede Sven Eriksson. Ruud hatte 1932 in Lake Placid Olympisches Gold geholt, den Sieg 1936 in Garmisch-Partenkirchen wiederholt und zwölf Jahre später, als 1948 wieder Olympia gefeiert werden konnte, hatten ihm nur 1,5 Punkte zum dritten Gold gefehlt. In 16 Jahren zweimal Gold und einmal Silber – das gab es seitdem nie mehr. Warum ich mich an die feuchtfröhliche Runde aus den sechziger Jahren gerade heute erinnere? 1936 hatte Ruud eine Niederlage gedroht, denn der Schwede Eriksson, den man heute in allen Statistiken unter dem Namen „Selanger“ findet, weil ihm seine Heimatstadt eines Tages das Recht verlieh, statt des schwedischen Allerweltsnamens Eriksson den des Ortes Selanger zu tragen, war weiter gesprungen als Ruud. Im ersten Durchgang hatte er ihn um einen Meter übertroffen und im zweiten sogar um 1,5 Meter. Dennoch gewann Ruud mit 1,5 Punkten Vorsprung, weil ihm die Haltungsrichter die weit besseren Noten gegeben hatten. Und damit bin ich bei meinem Thema: Damals entschieden oft die Haltungsnoten ein Duell, heute wissen meist nicht einmal die Fernsehreporter, was sie mit diesen Ziffern anfangen sollen. Ja, ich meine die Vierschanzentournee, die diesmal mit einem „Doppelsieg“ endete. Janne Ahonen aus Finnland und Jakub Janda aus Tschechien hatten am Ende haargenau die gleichen Gesamtnoten. Die Skisportinteressierten erinnern sich: Janda hatte vor dem Springen in Bischofshofen zwei Punkte Vorsprung und die machte der Finne in Bischofshofen wett. Das wurde dem

Publikum mit dem Hinweis erklärt, dass er insgesamt 2,5 Meter weiter gesprungen war, aber wer sich die Mühe machte, die Notenziffern etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, kommt dahinter, dass die Haltungsrichter das Duell entschieden haben.

Um jedem Missverständnis vorzubeugen: Wenn ein Fußballschiedsrichter pfeift, hat er eine Entscheidung getroffen. Wenn die Ski-Notenrichter eine Ziffer drücken, haben sie ihre Motive und mir liegt nichts ferner, als ihre Entscheidungen zu bemängeln. Andererseits: Erlaubt sein muss, dass ich dem Leser den Hintergrund aufhelle. Auf dem Kampfrichterturm neben der Schanze stehen fünf Haltungsrichter. In Bischofshofen waren das der Deutsche Dietmar Aschen-

sich Jandas Vorsprung nach dem ersten Durchgang um einen ganzen Punkt. Den machte der Finne im zweiten Durchgang mit seinen 141,5 m (Weitennote 89,7) gegenüber Jandas 139 m (Weitennote 85,2) zwar wett, aber die Haltungsnote glich den Verlust aus. Das mag alles kompliziert anmuten, entscheidet nun aber mal über Sieg, Niederlage – oder „Doppelsieg“!

Dass sich das RTL-Team bei seinen Additionen zunächst auch noch verrechnete, ist nicht so wichtig, macht aber deutlich, wie viel simples Wissen den Experten fehlt. Weit mehr ins Gewicht fällt, dass diese „Aufrechnung“ einmal mehr deutlich macht, wie absurd die immer wieder gerade von den Fernsehmanagern erhobene Forderung ist, künftig auf Haltungsnoten zu verzichten und nur noch die Weite entscheiden zu lassen. Kurz vor der Tournee hatte der von RTL als Co-Kommentator engagierte Dieter Thoma – Tourneesieger 1990 und Skiflugweltmeister – in einem Kommentar erklärt: „Die Punktevergabe der Kampfrichter steht nicht im richtigen Verhältnis zur Weite. Inzwischen entscheiden die Punktrichter über Sieg oder Niederlage. Ich finde aber, dass der gewinnen soll, der weiter springt als der andere.“

Ich will nicht behaupten, dass Thoma diesen Vorschlag für RTL einbrachte, aber unumstritten ist, dass die Fernsehmanager an einer „zuschauerfreundlicheren“ Variante des Skispringens interessiert sind. Das wäre jedoch eine Variante, die dem Skispringen seinen Reiz als eine Sportart, bei der die Haltung eine Rolle spielt, stehlen würde. Das hat zwar in anderen Sportarten niemanden daran gehindert, die Forderungen des Fernsehens zu erfüllen, aber vielleicht ließe sich das Skispringen „retten“. Im Vorfeld der Olympischen Winterspiele wäre das jedenfalls eine legitime Forderung.

Und nun soll auch noch verraten werden, was an jenem Abend unter dem Holmenkollen beredet wurde? Am Tag vor dem olympischen Sprunglauf 1936 hatte zum ersten Mal bei Olympia ein Slalom – im Rahmen der alpinen Kombination – stattgefunden. Der enorm vielseitige Skispringer Birger Ruud hatte zum Spaß daran teilgenommen, war zwar „nur“ Vierter geworden, behauptete aber an jenem Abend amüsiert: „Ich habe dich auf der Schanze geschlagen, weil du dich am Tag vorher schonen wolltest und ich den Tag genutzt habe ...“ Selbst Selanger lachte herzlich mit. Das waren noch Olympioniken!

Sportkolumne

Warum Selanger lachte

bach, der Tscheche Rudolf Hoehnl, der Norweger Vidar Nybakken, der Österreicher Sebastian Kinsinger und der Finne Turmo Karjalainen. Wenn deren Noten in den Computer eingegeben sind, löscht der die höchste und die niedrigste und errechnet aus den drei verbleibenden die Haltungsnote. Dieses System hat einen Mini-Haken. Gebe ich eine sehr hohe Note ein, fällt die zwar aus der Wertung, sichert aber den Erhalt anderer hoher Noten. Beide sprangen an jenem Tag extrem stilrein, aber nur ein Kampfrichter drückte die Höchstnote 20,0 – es war der Tscheche Hoehnl, der sie an Janda vergab. Dadurch blieben drei 19,5-Noten für ihn in der Wertung und er bekam für seinen ersten Sprung 58,8 Haltungsnoten, Ahonen aber nur 57,5 (dreimal 19,0, zweimal 19,5). Damit vergrößerte

Nachdem vor kurzem erst das Bundespräsidentenamt unter großer öffentlicher Anteilnahme erneuert worden ist, steht jetzt auch die Reform der Amtsgeschäfte des Bundeskanzlers an. Wie aus ungewöhnlich gut unterrichteten

Von **WOLFGANG BITTNER**

Kreisen verlautet, sollen diese Geschäfte dem so genannten Zeitgeist entsprechend demnächst auf privater Basis geführt werden. Aus dem Kanzleramt war zu vernehmen, man verspreche sich von einer solchen Privatisierung der Staatsgeschäfte ganz wesentliche Impulse. Allein schon die ungeheuren Wahlkampfkosten würden entfallen. An Wahlversprechungen wäre kein einziger Gedanke mehr zu verschwenden; der Kanzler könnte sich voll auf seine Regierungsarbeit konzentrieren, weil er den Bürgern nicht mehr zu erklären brauchte, was er tut.

Weiter geplant ist im Zuge dieser Reform unseres Staatswesens einschließlich seiner Verwaltung noch die Privatisierung der Bundestagsmandate sowie der Minister- und Staatssekretärsposten – so war aus der Bundeshauptstadt zu hören. Das hätte den unbestreitbaren Vorteil, dass durch den Verkauf solcher Ämter, Man-

date und Posten, vielleicht auch durch deren Versteigerung, erhebliche Mittel in die leere Staatskasse fließen. Endlich wäre die leidige Diäten-Diskussion vom Tisch. Außerdem brauchten wir keine Korruptionsskandale mehr zu fürchten, denn private Politiker hätten selbstverständlich das Recht, „Beratungsgelder“ in beliebiger Höhe in Empfang zu nehmen. Was zur Zeit illegal und somit eigentlich strafbar ist, könnte mit einem Federstrich legalisiert werden. Kriminalpolizei, Verfassungs-

Raum bleibt für die beliebten Shows, Krimiserien und Sexfilme, was wiederum die Möglichkeit für Werbung erweitert. Nachdem die Sendung „Der Preis ist heiß“, in der bekanntlich Kandidaten die Preise von bestimmten Waren wie Waschmaschinen, Kühlschränken und Staubsaugern erraten mussten, so überaus hohe Einschaltquoten erzielt hatte, wird die Einführung einer neuen Sendung „Wie hoch ist

Finanzämter usw. Natürlich werden Polizei und Bundeswehr an diesen Reformen teilhaben, zumal die Weichen durch Outsourcing ohnehin schon seit Jahren in diese Richtung gestellt worden sind.

Unser bisheriger Kanzler, stets darauf bedacht mit seinem Wirken angemessen gewür-

Die Privatbundeskanzlerin

schutz, Bundesnachrichtendienst, MAD und Justiz, die auf diesem Gebiet oft jahrzehntelange Nachforschungen betreiben, wären spürbar entlastet (auch für diese heiklen Gefilde sind übrigens Privatisierungsabsichten im Gespräch). War bislang in der Bevölkerung eine deutliche Politikverdrossenheit registrieren, hat eine neuere Umfrage jetzt ergeben, dass sich die „Menschen draußen im Lande“ von einer unzumutbaren Verantwortung befreit fühlen. Die Meinungsumfragen sollen auch ergeben haben, dass die Fernsehschauer erleichtert sind, weil die ermüdende politische Berichterstattung in Zukunft entfallen könnte, so dass mehr

ihr Preis?“ über Politiker und Spitzenmanager erwogen. Die Verantwortlichen in den Anstalten versprechen sich für eine solche, doch ein wenig persönlichere Sendung, noch erheblich höhere Einschaltquoten, dazu eine grundsätzliche Erneuerung der politischen Kultur in unserem Lande.

Zu diesem Aufbruch, der unter dem zukunftsweisenden Motto „Wir sind wir!“ stehen soll, wird die geplante Reform der Verwaltung sicherlich flankierend beitragen. Nachdem bereits die Arbeitsämter durch die Umbenennung in Agenturen außerordentlich effektiviert wurden, ist im Gespräch, sämtliche Ämter nicht nur in Agenturen umzuwandeln, sondern darüber hinaus zu verkaufen, also auch Stadtverwaltungen,

dig zu werden, wird allerdings nach der vorzeitigen Beendigung seiner Amtszeit zu seinem Bedauern und dem seiner Medienberater nicht als erster Privatbundeskanzler in die Geschichte eingehen und auch nicht an der Verwaltungsreform weiter mitwirken können.

Für den Ankauf des Kanzlerpostens gibt es übrigens schon zahlreiche solvente Interessenten. Gemunkelt wird, dass sich sowohl die Scientology-Gesellschaft als auch die Russenmafia unter den Bewerbern befindet. Die amtierende Bundeskanzlerin soll sich zunächst abwartend zu diesen Bewerbungen geäußert haben. Als glühende Demokratin – so hieß es – sei sie jedoch nach allen Seiten offen und vorurteilsfrei; sie hoffe, dass Deutschlands unerschrockenes Beispiel in Europa und der Welt Schule machen werde.

Die Warnung vor dem, was auf dem Leipziger Flughafen in Gang gesetzt wird, ist alarmierend, nötig und zwingt zu Protest. Der Umbau dient dazu, den Nachschub für geplante kommende Militäreinsätze, also das „Teufelszeug“ zur „Verteidigung“ bis zum Hindukusch, zu bringen. Die Nachricht erhält noch größeres Gewicht, wenn wir sie auf dem Hintergrund des Koalitionsvertrages CDU-CSU-SPD werten. In ihm sind militärische Aktionen zur Durchsetzung „europäischer“ und „deutscher“ Interessen vorgesehen. Wer bestimmt diese Interessen? Worin bestehen sie? Zu beachten ist bei „globalen“ Einsätzen, dass sie vor allem als „Friedensmissionen“ und „humanitäre“

Zu LN 25/26 '05: Sachsens Regierung spielt mit dem Feuer ...

Dazu noch Atomwaffen auf deutschem Boden

Interventionen getarnt werden. Deutschland (damals die beiden deutschen Staaten) hat zwar den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, aber verstößt auch gegen diesen Vertrag (und das Urteil des UNO-Gerichts von den Haag, das die Atomwaffen geächtet hat). Auf deutschem Boden befinden sich Atomwaffen. Und es gibt inzwischen im Rahmen der „europäischen“ Streitkräfte eine „nukleare Teilhabe“.

Aus dem 10-Punkte- Programm der Fraktion *Die Linke* vom 17. Oktober 2005 geht hervor, dass die Linksfraktion den Abzug der Bundeswehr von Auslandseinsätzen und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland fordert (das letztere forderte sogar schon einmal die FDP). Das dürfte die Unterstützung der meisten Deutschen finden. Das könnte ein Kampfziel sein.

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Sie haben die Wahl ...

...wenn sie mit uns reden möchten.
Über LEIPZIGS NEUE
Über LEIPZIGS BÜRGER
Über LEIPZIGS NÖTE.
und ÜBERHAUPT:

Meinung, Kritik, Lob sind uns wichtig
a u c h mal direkt per Telefon.

Am Dienstag den 17. Januar, zwischen
19 und 20 Uhr unter

980 39 88

„So könnte das neue Jahr weitergehen“, meinten die glücklichen Kartenbesitzer die wir zu Tom Pauls und zur LACH-MESSE-EXTRA eingeladen hatten. Seine Sprach- und Wortakrobatik war vom Feinsten und begeisterte im vollem Schauspielhaus die Besucher und unsere Leser: Familie Fritz, Familie Deike und Familie Weber.

Arge liegt im Argen

Der Direktor der Arge scheint seine Behörde nicht im Griff zu haben. Ich habe dort Ende Oktober vorigen Jahres einen Antrag auf zusätzliche Beihilfe für Nahrung gestellt. Bis zum heutigen Tag bekam ich keine Nachricht. Ich habe den Verdacht, dass die Behörde auf Kosten der Arbeitslosen spart. Andere, die zum Beispiel Bewerbungskosten einreichen, warten auch noch. Die Infotlinie zur Terminabsprache für Alg-II-Empfänger bleibt meist unerreichbar – Besetzzeichen, und sogar: kein Anschluss unter dieser Nummer. Erreicht man jemand, ist er nicht in der Lage zu helfen.

Wozu ist diese Behörde denn da? Arbeit kann sie keine vermitteln, ihre Probleme kann und will sie nicht lösen. Wenn man über Sozialmissbrauch redet, sollte man bei der Arge anfangen. Besonders denke ich an die Geldverschwendung für das neue Stellen-suchprogramm. Es sollte schnellstens von den Computern gelöscht werden, die Entwicklerfirma sollte den Arbeitslosen, die zu spät oder gar kein Geld erhielten, Schadensersatz zahlen. Aber die Behörde scheint so verkrustet zu sein, dass sie unfähig ist, sich zu erneuern.

UWE POLZIN, PER FAX

Wer schläft mit wem

FALLS SIE DEMNÄCHST eine Wanderung in den Harz planen, sollten Sie nicht versäumen, auch den Brocken in die Route aufzunehmen und sich ein paar Euro in die Tasche zu stecken. Die dortige Bergwacht braucht dringend ein Wiederbelebungsgerät – von den Fachleuten als Defibrillator bezeichnet. Das Gerät ist kein Wundermittel, kann aber in Notfällen wichtige Dienste leisten. 22 Todesfälle wurden seit 1990 auf dem Brocken registriert. Bislang hat man rund 600 Euro gesammelt, kosten würde der „Defi“ um die 1500 Euro, doch wenn er dann angeschafft werden kann, wohin damit? In einer Zeitungsnotiz lasen wir: „Die Bergwacht hat zwar einen Raum auf dem Berg, doch der ist nur am Wochenende besetzt. Im Brockenhaus gibt es zwar einen Schlüssel, aber den zu organisieren, kostet wertvolle, womöglich lebenswichtige Minuten. Der Ort müsste sicher vor Spielereien durch Besucher und zugleich stets erreichbar sein.“ Ja, meinten alle in unserer Wanderschar, das wäre dringend zu empfehlen.

KEINE SORGE UMS LEBEN müssen sich die Besucher der Spielbank in Heringsdorf machen. Dort wurden zwar zwei Prozent mehr Besucher als letztes Jahr gezählt, aber der Gewinn – oder Verlust – blieb der gleiche. Auch die Relation zwischen Touristen und Einheimischen soll sich nicht groß verändert haben: zwei Drittel Fremde, ein Drittel Einheimische. Bei den neu angeschafften Spielautomaten war wohl vor allem an die Einheimischen gedacht worden. Der Einsatz beginnt nämlich bei fünf Cent. Und gern wird erzählt, dass ein Einheimischer letztes Jahr 48 000 Euro ge-

Wanderungen durch Neufünfland

wann. Der hatte jedenfalls mehr Glück als ein Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Seltz, dem sie den Mietzuschuss gestrichen haben. Die zuständige Agentur hatte einen Agenten losgeschickt, der prüfen sollte, ob der Betroffene eventuell ein „eheähnliches“ Verhältnis mit seiner Vermieterin hätte. Das nämlich wäre ein triftiger Grund gewesen, ihm den Mietzuschuss zu verweigern. Offensichtlich gehen die Behörden davon aus, dass keiner Miete zahlt, wer mit einer Wohnungsbesitzerin schläft. Wie aber lässt sich das ermitteln? In Demmin konnte man noch kein erfolgversprechendes Verfahren vorweisen und verließ sich demzufolge auf indiskrete Erkundungen. Meinte ein Spaßvogel aus unserer

Runde: „Ein Fall für die Birthlern.“ Aber ich meine: Solche Späße macht man nicht! WAS DIE GESUNDHEIT ANGEHT, wäre in Sachsen-Anhalt neben dem Wiederbelebungsgerät für den Brocken noch manch anderes Problem zu lösen. In Kusey zum Beispiel schließt der Zahnarzt aus triftigen gesundheitlichen Gründen im Februar seine Praxis. Der rührige Mann hatte in Zeitschriften einen Nachfolger gesucht, aber keinen gefunden. Hinzu kommt, dass das Haus, in dem die Praxis untergebracht ist, der Gemeinde gehört und die müsste es dann auch unterhalten. Nun grübelt man in Kusey, was man tun könnte. Mancher in unserer Runde erinnerte sich noch der lärmenden Schlagzeilen, als Ärzte aus der DDR in den Westen wechselten und manche Praxis verwaist zurückblieb. Und mancher erinnerte sich auch daran, dass damals sogar Ärzte in Bulgarien angeworben wurden, um die ärztliche Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Damals war schließlich alles „marode“!

• **KLAUS HUHN**

Mehrere Leser baten LN um Informationen zum Fall des in Italien verurteilten früheren SS-Unterscharführer Alfred Concina, der in einem Seniorenheim in Sachsen-Anhalt lebt. Warum halten sich die bürgerlichen Medien so auffallend zurück? Unser Redaktionsmitglied **KURT SCHNEIDER** recherchierte brisante Zusammenhänge auch über die Beteiligung des früheren SS-Unterscharführers Alfred Concina am Massaker im August 1944 in dem toskanischen Dorf Sant' Anna di Stazzema. Er stützte sich dabei vor allem auf Angaben der Geschichtsinstitute in Modena, Parma und Reggio Emilia:

Die Naziokkupanten ignorierten alle internationalen Kriegskonventionen. Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung war ein Grundelement ihrer Besatzungspolitik. So wurden in Italien von den Nazis bei Aktionen gegen Partisanen mehr als 10 000 Zivilisten ermordet. Die bekanntesten Massaker waren die in den Ardeatinischen Höhlen in Rom (335 Tote), in Marzabotta (770 Tote) und in Sant' Anna di Stazzema (560 Tote, vor allem Frauen und Kinder).

Diese Massaker waren begleitet von Befehlen wie dem des Feldmarschalls **Albert Kesselring**, verantwortlich für die Kriegsführung von 20 deutschen Wehrmachtsdivisionen, vom 17. 6. 1944: „*Wo Banden (gemeint waren Partisanen – K. Sch.) in größerer Zahl auftreten, ist der in diesem Bezirk wohnende, jeweils zu bestimmende Prozentsatz der männlichen Bevölkerung festzunehmen und bei vor kommenden Gewalttätigkeiten zu erschießen. Dies ist den Einwohnern bekannt zu geben. Werden Soldaten aus Ortschaften beschossen, so ist die Ortschaft niederzubrennen. Täter oder Rädelführer sind öffentlich aufzuhängen.*“ Und in einem Befehl des SS-Oberführers und Obersten der Polizei in Mittelitalien Bürger hieß es: „*Bei den geringsten Anzeichen einer aufrührerischen deutschfeindlichen Betätigung, und sei es nur in Form von Gesten (bolschewistischer Gruß oder ähnliches) oder Schmährufen, erwarte ich schärfstes und schonungsloses Eingreifen aller deutschen und italienischen SS- und Polizeieinheiten.*“ Bürger versicherte, jeden zu decken, der in Befolgung dieses Befehls in der Wahl oder Schärfe des Mittels „über das übliche Maß hinausgeht“. Ein weiterer Befehl vom 8. 4. 1944 betonte: „*Zu scharfes Durchgreifen wird bei der derzeitigen Lage niemals Grund zu einer Strafe sein.*“

SS-Obersturmbannführer **Herbert Kappler**, der das Blutbad in den Ardeatinischen Höhlen geplant und durchgeführt hatte, wurde 1948 in Rom zu lebenslanger Haft verurteilt. 1977 flieht er unter nie geklärten Umständen und kommt in die BRD, die seine Auslieferung verweigert und auch nicht juristisch gegen ihn vorgeht. **Erich Priebke**, der in Argentinien aufgespürt und von dort nach Italien ausgeliefert worden war, wurde von einem Militärgericht in Rom für seine Beihilfe am Massenmord in den Ardeatinischen Höhlen über 50 Jahre nach der Tat ebenfalls zu lebenslanger Haft verurteilt. **Albert Kesselring** wurde 1947 von einem britischen Gericht in Venedig zum Tode verurteilt, zu lebenslänglicher Haft begnadigt und 1952 freigelassen. Danach wirkte er in der BRD führend im Dienste der Soldatenverbände, in denen sich die Berufssoldaten der faschistischen Wehrmacht zusammenschlossen.

SS-Obersturmbannführer **Walter Reder**, verantwortlich für die Massaker in Marzabotto und Sant' Anna di Stazzema sowie für weitere zahlreiche Morde im toskanisch-emilianischen Apennin, wurde am 31. 10. 1951 durch das Militärgericht Bologna zu lebenslänglicher Haft verurteilt. In der Hoffnung auf Straferlass bittet er 1967 die Gemeinde von Marzabotto um Vergebung. Von 288 Überlebenden des Massakers lehnen 282 dies ab. 1984 wird sein Anliegen erneut vorgetragen und wiederum abgelehnt. Der Präsident des Ministerrates, Bettino Craxi, handelt jedoch gemäß dem Gesetz, das nach dieser Anzahl von Jahren die Entlassung von Lebenslänglichen vorsieht, und entlässt Walter Reder aus der Haft.

Bereits in den 50er Jahren entscheidet die italienische Regierung, weitere Strafverfolgungen auszusetzen, um die Wiederbewaffnung der BRD innerhalb der NATO nicht zu stören. 1994 findet jedoch ein römischer Staatsanwalt bei Nachforschungen zum Fall Priebke zufällig in einem verschlossenen Schrank im Gebäude der römischen Militär-Generalstaatsanwaltschaft Akten von mehr als 700 Ermittlungsverfahren. Mehrere dieser Verfahren wurden wieder aufgenommen. Dazu gehört auch das Verfahren gegen insgesamt zehn ehemalige SS-Angehörige, die an der Ermordung der 560 Zivilisten in Sant' Anna di Stazzema beteiligt waren. Einer von ihnen ist **Alfred Concina**, der im Juni 2005 von einem Gericht in Italien in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Nach Presseangaben ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart bereits seit drei Jahren gegen Alfred Concina und weitere 14 vermutliche Kriegsverbrecher. Laut Staatsanwältin Tomke Beddies sei es unklar, ob Concina, dessen Auslieferung nach Italien Deutschland abgelehnt hat, sich tatsächlich vor einem deutschen Gericht verantworten müsse.

LESER FRAGEN

Warum so wenig Informationen zum SS-ler Concina?

Von Rosa zu Karl

Samstag, 14. Januar, 14 Uhr

Die traditionelle Leipziger Luxemburg-Liebkecht-Ehrung beginnt an der Luxemburg-Stele in der Gustav-Freytag-Straße mit der Rede von Enrico Stange (WASG), danach Marsch zum Liebkecht-Haus und zur Kundgebung mit Prof. Dr. Hans Lauter.

Im Anschluss an die Leipziger Kundgebung im Dachgeschoss des Liebkecht-Hauses:

Weißer Raben – Alptraum Tschetschenien

Eine Dokumentation von
Tamara Trampe und Johann Feindt

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Sonnabend, 14. Januar, 10 Uhr, Chemnitz

Lesung und Gespräch: *Einigkeit und Recht. Die DDR und die deutsche Justiz. Die juristische Aufarbeitung der DDR – eines der problematischsten Kapitel in der deutschen Rechtsgeschichte.* Mit dem Autor Dr. Friedrich Wolff. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V. Chemnitz ***

Rothaus e. V., Lohstr. 2

Sonnabend, 14. Januar, 10 Uhr, Chemnitz

Globalisierte Stadtführung. Eine Initiative der Chemnitzer Gruppen von attac, ai, Greenpeace, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Regionalbüro Chemnitz, Der Weltladen sowie von engagierten Einzelpersonen unter dem Namen „Was tun?“ Treffpunkt: Industriemuseum Chemnitz, Zwickauer Str. 119

Sonnabend, 14. Januar, 10 Uhr, Dresden

Ehrung von Rosa Luxemburg zum 87. Jahrestag ihrer Ermordung. In Zusammenarbeit mit DIE LINKE.PDS Dresden, Linksfaktion im Dresdner Stadtrat
Rosa-Luxemburg-Platz

Dienstag, 17. Januar, 18 Uhr, Leipzig

Buchvorstellung und Diskussion: *Bucharins „philosophische Arabesken“ - Alternative zum Stalinschen „Diamat“.* (Vergleiche mit den Konzepten von A. Gramsci und G. Lukács) Mit Wladislaw Hedeler, Berlin, und Dieter Uhlig, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Roland Opitz ***
Harkortstr. 10

Mittwoch, 18. Januar, 19 Uhr, Dresden

Das Dresdner Elbtal - die Geschichte seiner baulichen Gestaltung. Mit Dr. Heidrun Laudel, Architekturstudienhistorikerin, Dresden
„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 19. Januar, 18 Uhr, Leipzig

Podiumsdiskussion: *Regierungsbeteiligung - pro und contra.* Mit Hakan Doganay, WASG Berlin, Ingmar Meinecke, WASG Leipzig, Benjamin Hoff, MdA, Linkspartei Berlin, und Monika Runge, MdL, Linkspartei Leipzig. Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Moderation: Dieter Janke und Enrico Stange
Harkortstr. 10

Dienstag, 24. Januar, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Friedrich Schiller - Leben und Werk.* Mit Dr. Sylke-Christin Deimig, Leipzig. Moderation: Prof. Dr. Horst Pickert
Harkortstr. 10

Mittwoch, 25. Januar, 18.30 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion: *Historische Alternativen zur Stalinisierung des deutschen Kommunismus. I. USPD (Linke) und KPD (Spartakusbund) auf dem Wege zur Vereinigten Kommunistischen Partei (1919-1920).* Mit Prof. Dr. Klaus Kinner
Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Donnerstag, 26. Januar, 19 Uhr, Leipzig

Kolloquium *„Was ist Gemeinschaft?“ Menschliche Natur und moralische Normen.* Mit Christoph Demmerling, Dresden, AG Kopfschlag am Philosophischen Institut der Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit StudentInnenrat, Nietzsche-Gesellschaft e. V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.
Universität Leipzig, GWZ, Beethovenstr. 15, R. 4 115

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.

Unser Genosse

Dr. Heinz Berger

begeht am 15. Januar seinen 81. Geburtstag.

Wir gratulieren herzlichst wünschen dir, lieber Heinz, für das neue Lebensjahr alles erdenklich Gute

Deine Linkspartei.PDS-Basisgruppe Lößnig II

ISOR e. V.

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren.

Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 18 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10a, 04103 Leipzig, statt.

Quelle-Mitarbeiter rufen auf zum Protest

Am 28. Januar, 11 Uhr, planen gewerkschaftlich organisierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Leipziger Quelle-Versandzentrums eine Protestveranstaltung gegen weiteren Stellenabbau und gleichzeitige Gewinnmaximierung in diesem deutschlandweit agierenden Großunternehmen.

Ort der Kundgebung soll die **Ecke Karstadt-Kaufhaus und Hainstraße** sein.

Wer gegen die völlig verquere und menschenverachtende Arbeitsmarktpolitik dieses Staates ist, sollte sich diesem Protest anschließen und sich solidarisch erklären. Es betrifft ja nicht nur *Quelle*.

Es ist wie 1993 mit dem Fall Kali Bischofferode! Man erinnere sich!

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

26. 1., 14 Uhr, Offenes Café mit Thema, *Eine filmische Reise mit Herrn Kießling: London, Canterbury, Windsor und ein Besuch im Wachsfigurenkabinett.* Eintritt: 1,50 Euro

29. 1., 19 Uhr: *Die Liebesbriefe zwischen G. B. Shaw und P. Campbell „Geliebter Lügner“.* Eintritt: 5 Euro

18. Januar 2006

Karl-Heinz Reinhardt wird 70!

Lieber Karl-Heinz, es ist gut dich in unserer DKP zu haben und behalte deinen langen Atem und deine Zähigkeit. Wir wünschen dir vor allem Gesundheit, Glück und weiterhin viel Lebensfreude, mit deiner Erika, im Kreis eurer Familie und gemeinsam mit den Genossen und Genossinnen.

Für die Deutsche Kommunistische Partei
Stadtvorstand Leipzig

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen lädt zu einem Neujahrsempfang am 27. Januar 2006, 18.00 Uhr, in die Räume der Geschäftsstelle, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig.



Wir verbinden diesen Empfang mit der Vernissage von Gemälden unseres Vereinsfreundes Alex Bär.

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Januar neu bei uns:

Jutta Voigt: Der Geschmack des Ostens. Vom Essen, Trinken und Leben in der DDR. Kiepenheuer, 16 Euro

Albert Kuntz: „Liebste Ellen ...“ Briefe aus der Nazi-Haft 1933 bis 1944. Dietz, Berlin, 14,90 Euro

Cornelia Heintze: Wohlfahrtsstaat als Standortvorteil. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., 11 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch. Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71
www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage
04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum
04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center
04357 Mockauer Str. 123

Am 22. Dezember 2005
hat sich das Leben unserer Genossin

Charlotte Schellenberg, geb. Ritter

im 94. Lebensjahr vollendet.

Unsere Lotti war eine kleine Frau mit einem großen Herzen voller Liebe und sozialistischer Ideale, die warmherzige Erziehung von Kindern war ihre Berufung.

Der Ortsverband Engelsdorf wird
ihr Andenken bewahren.

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:

FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter



Staatsrente:

Wie aus Regierungskreisen verlautet, soll die Rentenreform zumindest bis zum Jahr 2014 zielstrebig fortgesetzt werden. Dann feiert die Bundesrepublik nämlich ihren 65. Geburtstag, und jeder Arbeitnehmer wird dem Staat eine kleine Rente zahlen müssen.

Wolfgang Mocker

Die geballte Ladung: Das war 2005! Eulenspiegel Verlag. 128 S. 12,90 Euro

Erstmals gibt es ihn!

Den Jahresrückblick aus dem Eulenspiegelverlag. Das ganze schöne, ereignisreiche Jahr mit: peinlichen Personen, missglückten Auftritten, vergeigten Chancen und uneingelösten Versprechen. Manches zum Schreien komisch. Vieles zum Heulen ernst. Cartoons und Karikaturen von Barbara Henniger (s.Abb.) Stephan Rürup, Ari Plika. Texte von Droste, Biskupek, Mocker, Röhl, Kittner, Wedel u.a. **Unbedingt besorgen oder borgen!**

• M. Z.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Die Herkules Maschine stürzte in Teheran in ein Plattenbaugebiet.

DLF 7. 12.

Die Dinge werden genauso weiter laufen. Verlage (wie Reclam) und Buchladen werden verschwinden wie Theater, Bibliotheken oder Uni-Institute ...

Bis wir uns wehren, die Bürger, die Leser, die Zuschauer, Kulturkonsumenten. Und eine andere Politik erzwingen, nicht nur symbolisch.

Gisela Hoyer, LVZ 8. 12.

(Na, na Frau H., das sind ja völlig neue Töne. Aufstand gegen die „Marktwirtschaft“?)

Junge, gut ausgebildete, fleißige Menschen verbringen Wochen, Monate, mitunter Jahre ihres Lebens damit, für kein oder kaum Geld wichtige Arbeit zu leisten. Ganze Abteilungen bei Unternehmensberatern, Computerfirmen und Subkultur-Zentren lasten auf den Schultern des Heeres der Überqualifizierten und Verzweifelten. Das Feuilleton gab ihnen einen Namen: Generation Praktikum.

Leipzig Live 8, 14. 12.

Je mehr DDR-Sportler abtreten, umso weniger erfolgreich ist der BRD-Sport.

DLF 10. 12.

Stanley Williams hat erst im Gefängnis lesen und schreiben gelernt.

3sat 13. 12.

In den USA liegt die Zahl der unschuldig zum Tode verurteilten und danach freigelassenen Menschen inzwischen bei 100.

DLF 13. 12.

Das Management in großen deutschen Konzernen gleicht einer gemischten Raubtiergruppe.

DLF 24. 12.

Nach dem Tode von Karol Wojtyla haben alle Vatikan-Experten orakelt: Ein Schwarzer wird Papst. Und so ist es ja auch gekommen.

Bayerisches Fernsehen 31. 12.

Während unseres Urlaubs auf der Insel Poel kamen wir mit einem ebenfalls älteren Ehepaar ins Gespräch. Sie machten Urlaub auf ihrem Boot. Beim Abschied hieß es: Wir sind aus Kiel und fahren morgen zurück nach Deutschland.

Eine Leserschrift im Eulenspiegel
gel 1/06

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE



Welches bayerische Tier entdeckte die DEFA im Januar vor 50 Jahren?



Lösungs-
spiegel

Welches bayerische Tier entdeckte die DEFA im Januar vor 50 Jahren?



Welcher Hochgeehrte des Jahres 2006 schrieb diese Noten?

2006 – ungeordnete Gedanken zu Jahrestagen

Jahrestage sind Anlass, Denkwürdiges aus der Geschichte hervorzuholen. An Geschehnisse, die sich nicht auf einen bestimmten Tag datieren lassen, wollen wir hier am Jahresbeginn erinnern.

☞ Große Jubiläen begehen Leipzigs Nachbarn Halle, im Jahre 806 erstmalig erwähnt, und Dresden, dessen Existenz seit 1206 belegt ist. Gelegenheit für beide, mit Traditionsbesinnung aktuelle Sorgen kurzzeitig zu verdrängen

☞ Im Herbst 1506, wird Thomas Müntzer an der Leipziger Universität immatrikuliert. Gab sie ihm Impulse für sein Programm der Befreiung der Bauern von materieller und geistiger Fron? Im direkten Sinne wohl kaum, denn die Leipziger Universität wie die in Frankfurt (Oder), die er später besuchte, waren dem Geist der Scholastik verhaftet, die jegliche Wissenschaft theologischen Dogmen unterwarf und das Feudalsystem sanktionierte und stützte. Die aufkommenden frühbürgerlichen Ideen lagen ihnen noch fern. Doch scheint Müntzer hier manches an Denkkraft erlangt zu haben, die ihn in die Lage versetzte, sich zu einem neuen Bild von Mensch und Gesellschaft zu erheben.

☞ Das Gohliser Schlösschen kann auf 250 Jahre seines Bestehens zurückblicken. 1756 wurde es als Sommersitz des Rats-

herrn und Kaufmanns Caspar Richter gebaut. Zu DDR-Zeiten aufwändig restauriert, erlebte es in den letzten Jahren ein wechselvolles Schicksal: Mittelkürzungen und sogar Schließungspläne bedrohten seine Existenz als kulturelles Zentrum, nur das Engagement eines privaten Freundeskreises rettete die Einrichtung.

☞ Mit Beginn des Siebenjährigen Krieges Ende August 1756, vor 250 Jahren, marschieren preußische Truppen in Leipzig ein, denn im Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland hat sich Sachsen an die Seite Maria Theresias gestellt. Die Preußen beschlagnahmten die Leipziger Münzstätte auf der Pleißenburg und fordern von der Stadt eine halbe Million Taler Kontributionen. Für Leipzig beginnen harte Besatzungsjahre, eine Zeit der Ausplünderung der Stadt durch den Preußenkönig Friedrich II., der seine Forderungen mit dem Besuch der Stadt unterstreicht und der sich später auch nicht scheut, mit ihrer Einäscherung zu drohen, als die Zahlungen nicht zügig genug flossen.

☞ Mit Napoleons Sieg bei Jena und Auerstedt 1806 und seinem Einzug in Berlin wie auch mit dem formellen Ende des fast 1000-jährigen Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation sind Zeichen für eine nahende neue Ära deutscher Geschichte gesetzt. Im gleichen Jahr wird

der Dorfrichter Adam aus Kleits „Zerbrochenem Krug“ zur Verkörperung des alten Preußens – ganz im Marxschen Sinne, dass die „letzte Phase einer weltgeschichtlichen Gestalt ihre Komödie“ ist.

☞ Das Jahr 1906, das dem Jahr der Einweihung des Leipziger Neuen Rathauses folgt, ist geprägt durch weitere Höhepunkte bei der Errichtung öffentlicher Bauten. Eingeweiht werden die Rathäuser Schönefeld und Thekla (nach dem Bau der Rathäuser in Mockau 1903 und Leutzsch 1904, gefolgt vom Rathaus Wahren 1907). Am Alten Rathaus, ursprünglich zum Abriss vorgesehen, beginnt die Rekonstruktion mit dem Ziel, hier das Stadtgeschichtliche Museum zu etablieren. Die Messehäuser Hansa-Haus und Drei Könige werden fertiggestellt. Das gewerkschaftliche Volkshaus wird eingeweiht.

☞ Vor 80 Jahren, im Jahre 1926, unterzeichnete Oberbürgermeister Karl Rothe in New York eine 5-Millionen-Dollar-Anleihe für Leipzig. Zur Sicherung der Schuldurkunden wird städtisches Grundeigentum verpfändet. Ähnliches geschah in Dresden. Die Rückzahlungen wurden 1934 eingestellt. Erst voriges Jahr erhoben sich wieder Stimmen, die auf Schuldbegleichung drängten. Dubiose kommunale Finanzgeschäfte gibt es also nicht erst seit den Cross-Border-Deals, die man nun gern rückgängig machen möchte. • G. L.



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung
sowie Anzeigen und Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

10. Januar

Die nächste Ausgabe erscheint am

27. Januar

Spendenkonto für

Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40